

Kielberger Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Kielberger Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petizette oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Interesse für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i. der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Donnerstag, den 19. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!

Alle sozialdemokratische Tätigkeit zielt darauf ab, die Arbeiter vom Sothe des Kapitals zu befreien. Da dies nicht durch willkürliche, künstliche Eingriffe, sondern nur durch den unausgesetzten planmäßigen Klassenkampf des Proletariats erreicht werden kann, so ist das nächste, das unmittelbare Ziel sozialdemokratischer Tätigkeit die Unterstützung und Förderung des proletarischen Klassenkampfes. Diesen Zweck müssen alle praktischen Maßnahmen und Forderungen der Sozialdemokratie haben und hierdurch unterscheiden sie sich von den Forderungen der bürgerlichen Parteien, selbst wenn diese ähnlich oder sogar ganz gleichartig aussehen. Indes jene das „allgemeine Wohl“, das „Beste des Vaterlandes“ anzustreben vorgeben, geht die Sozialdemokratie aus von der Überzeugung, daß es ein für alle gemeinsames „Wohl“ nicht gibt, daß vielmehr die Interessen der Arbeiterklasse stets entgegengesetzt sind denen der Kapitalistensklasse, und daß sie in diesem unvermeidlichen und unablässigen Widerstreit stets die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen und zu fördern hat.

Dieser Satz nun, daß die Interessen der Arbeiter in allem und jedem entgegengesetzt sind denen der Kapitalisten, findet heftigen Widerpruch bei den bürgerlichen Parteien. Sie behaupten, daß umgekehrt in vielen Punkten ein gemeinsames Interesse aller Staatsbürgen vorhanden sei, besonders aber in dem Punkt der militärischen Landesverteidigung. Wenn der Feind ins Land bricht und alles mit Feuer und Schwert verwüstet, wenn die äußere Macht des Deutschen Reichs gebrochen wird, dann leidet darunter der Arbeiter ebenso sehr wie der Kapitalist. Da müssen also alle anderen Rücksichten schweigen, dem Landesfeind gegenüber müssen alle Volksgenossen einmütig zusammenstehen, allen inneren Hader und Zwist vergessen und zuerst den Feind aus dem Lande schlagen. — Darans folgt natürlich, daß man schon beizutragen die Abwehr vorbereiten muß, d. h., daß jeder wahre „Vaterlandsfreund“ die Militärforderungen der Regierungen zu bewilligen hat.

Kapitalisten wie Arbeiter haben ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung des Vaterlandes, darauf läuft dieser Gedankengang hinaus. Wenn man aber zu sieht, wie die Kapitalisten sich tatsächlich verhalten, dann kann man sehr in Zweifel geraten, ob ihr Interesse an der Landesverteidigung wirklich so groß sei. In seiner sehr lebenswerten (leider vergessenen) Broschüre „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ erzählt Bebel: Als im Jahre 1870 der Krieg mit Frankreich ausbrach, brauchten die verbündeten deutschen Regierungen natürlich viel Geld. Und da nach dem bekannten Spruch jeder mit Freuden Gut und Blut fürs Vaterland opfern soll, so hatten die reichen Leute in Deutschland, die Kapitalisten, eine vorzügliche Gelegenheit, ihren Patriotismus zu betätigen. 100 Millionen Taler brauchte das Vaterland, aber meint ihr, die Kapitalisten hätten ihm die Summe dargebracht? Das stell ihnen garnicht ein, und — was noch mehr zu bedeuten hat — es wurde auch von ihnen garnicht verlangt. Niemand hat ihnen zugemutet, das Geld nun wirklich dem Vaterlande zu opfern; jeder hieß es für ganz selbstverständlich, daß sie das nicht tun würden. Nur vorigen sollten sie es!

Dennoch, die Regierungen mußten wohl große Zweifel hegen, ob die reichen „Patrioten“ es auch nur borgen würden. Sie hielten es nämlich für notwendig, den deutschen Kapitalisten lieber ein gutes Geschäft in Aussicht zu stellen; sie boten ihnen unerhörte Wucherzinsen an: wer 80 Taler hergab, sollte 100 Taler zurückbekommen und außerdem noch fünf Prozent Zinsen! Aber selbst das zog nicht, trotz aller patriotischen Begeisterung verließ die Kapitalisten nicht einen Augenblick ihr nüchternes Geschäftssinn. Sie sangen kräftig die Wacht am Rhein, aber — das Geld gaben sie nicht! Es war ihnen nicht sicher genug!! Wuhren sie denn, ob das geliebte Vaterland nicht den Krieg verlieren und sie dann um ihr ganzes Geld kommen würden? So wurde die Anleihe zunächst nicht voll gezeichnet, erst nach den Siegen von Weissenburg und Wörth, als man sah, wie der Hase lief — mit anderen Worten: als das Geschäft sicher war, da entdeckten sie ihr patriotisches Herz und gaben das Geld. — Und diese kapitalistische Denkwelt ist bis auf den heutigen Tag dieselbe geblieben: 1908 hat man uns mit dem größten Nachdruck erzählt, daß das Deutsche Reich brauche unbedingt 500 Millionen neuer Steuern für die Landesverteidigung. Aber dieselben reichen Leute, die so redeten, mußten sich vom konserватiven Professor Delbrück und anderen bürgerlichen Finanzpolitikern vorrednen lassen, daß sie schon seit Jahrzehnten

Tausende von Millionen Steuern, die sie dem Vaterlande schuldig waren, unterschlagen haben. Sie haben jedoch darum keinen Pfennig nachbezahlt!

Doch ist dies keineswegs der einzige Beweis für die „Vaterlandsliebe“ der Kapitalisten. Die russische Regierung will ihre im japanischen Krieg zerstörte Flotte neu bauen lassen. Da erfuhr die Welt im Sommer 1909, daß sie den Bau mehrerer Linienschiffe und Panzerkreuzer bei einer deutschen Firma, Blohm u. Voß in Hamburg, bestellt habe! Ja darf denn ein Deutscher dem Auslande Waffen liefern? Wie leicht kann einmal ein Krieg ausbrechen gegen Russland, und dann haben die deutschen Soldaten das Vergnügen, durch deutsche Waffen vom Leben zum Tode gebracht zu werden, wie es tatsächlich geschehen ist bei der Ersäumung des Takuports in China! Das deutsche Kapital trägt also nicht das geringste Bedenken, den Feind auszurüsten, sodass er das deutsche Land bekämpfen kann. Und da sollen wir glauben, daß das Kapital ein lebhafte Interesse habe an der Landesverteidigung? Die „öffentliche Meinung“ der deutschen Bourgeoisie findet aber wiederum nicht das geringste auszusehen an solchen Vorgängen. Sie findet es ganz natürlich, daß jeder Kapitalist Profit zu machen sucht, wo und wie er kann. Umgekehrt, als ein halbes Jahr später die russische Regierung ihre Bestellung zurücknahm, da brach der Unwill los in den deutschen bürgerlichen Zeitungen. Denn nun war ja der Profit stotter gegangen. Heilig mag dem Kapital das Vaterland sein, aber noch heitiger ist ihm der Profit!

Solche Beispiele ließen sich leicht ins Unendliche vermehren, und sie zeigen zum mindesten, daß die Besitzenden gar nicht daran denken, sich fürs Vaterland aufzuopfern. Mit der Redensart von dem gemeinsamen Interesse der Landesverteidigung ist es also nicht getan. Vielmehr, um die Stellung der Sozialdemokratie richtig zu verstehen, wird man das Wesen des heutigen deutschen Militarismus näher betrachten müssen.

Zwei Eigenschaften sind es insbesondere, die ein stehendes Heer, so wie das deutsche, kennzeichnen: die Armee ist aus der Gemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen herausgehoben, sie bildet eine Gemeinschaft für sich, gänzlich abgeschlossen gegen das übrige Volk; und zweitens: die Armee ist ein willentloses Werkzeug in der Hand der Regierung, zu stumm zum Gehorfa in verpflichtet, und bei dessen Verwendung niemand dreinzureden hat. — Man weiß ja, daß der Soldat kein Wahlrecht hat, keine Amtsräume darf, keine politischen Versammlungen besuchen darf usw., und zwar der Berufssoldat ebensoviel wie der junge Mensch, der nur 2—3 Jahre bei der Fahne bleibt.

Um nun diese beiden Eigenschaften der Armee anzudressieren — d. h. um den Soldaten völlig loszulösen von der Gemeinschaft mit dem Volke, die er vorher besessen, und um ihm den eigenen Willen völlig auszutreiben — dazu ist die lange Dienstzeit nötig. Denn das kann man natürlich nicht in ein paar Monaten erreichen, dazu sind Jahre nötig. Und so kommt die lange Dienstzeit als dritte wesentliche Eigenschaft des stehenden Heeres hinzu.

Durch die lange Dienstzeit hauptsächlich werden die ungemeinen Kosten des stehenden Heeres verursacht. Das Deutsche Reich hat im Jahre 1875 für das Militär insgesamt rund 400 Millionen Mark ausgegeben, dann jedes Jahr etwas mehr. In den 90er Jahren kam die große Flotte hinzu, so daß 1900 bereits mehr als 800 Millionen für Heer und Flotte verausgabt wurden. Dann stiegen die Kosten noch schneller. 1902 wurden zum ersten Male die 1000 Millionen überschritten, und 1909 waren die Militärausgaben auf fast 1400 Millionen angestiegen. — Diese kolossal Summen werden nun fast ausschließlich durch Abgaben auf die notwendigen Lebensmittel aufgebracht. Im Jahre 1909 z. B. betrug die Summe, die das Reich durch solche Abgaben vereinnahmte, 1258 Millionen Mark. In dem Augenblick also, wo die Heeresausgaben verringert würden, könnten auch die Verbrauchsabgaben herabgesetzt werden oder vielleicht ganz verschwinden. Das bedeutet umgekehrt: die kolossalen Heeresausgaben sind schuld an den kolossalen Verbrauchsabgaben. — Nun sind es aber diese Verbrauchsabgaben, denen wir die entschlechte Verteuerung unserer Lebenshaltung verdanken! Ein Beispiel: wenn wir für ein Paket Brot 30 Pfennig bezahlen, so kosten die Hölzer selbst bloß 10 Pf., 15 Pf. sind Verbrauchsabgabe, die letzten 5 Pf. sind Ertragewinn der Kapitalisten. Für ein Pfund Salz zahlen wir 11 Pf., aber nur 4 Pf. kostet das Salz, die restlichen 7 Pf. sind Steuer. Und ebenso beim Bier, beim Tabak, beim Brot, beim Petroleum, beim Fleisch usw. — Dies berechtigt uns zu dem Schluss: das stehende Heer ist schuld an der Teuerung der Lebensmittel.

Nun versteht es sich von selbst, daß die Teuerung ihrerseits schuld ist an der mangelhaften Ernährung der Volksmassen. Fleisch kann sich der deutsche Arbeitnehmer nur noch selten leisten. Die jungen

Leute, die zum Militär kommen, sind also infolge mangelhafter Ernährung, die in Deutschland schon seit Jahrzehnten dauert, nicht so kräftig und so gesund, wie sie sein könnten und müßten. Schuld daran ist das stehende Heer mit seinen wahnwitzigen Kosten. Und da will man uns einreden, daß das stehende Heer die Wehrkraft und Verteidigung des Landes in ausgiebigem Maße besorgt? — Aber der Mangel an Geld, weil so viel fürs Militär gebraucht wird, ist auch einer der Gründe für den mangelhaften Zustand unserer Volkschulen. Noch nicht einmal 150 Millionen Mark sind z. B. 1906 aus Staatsmitteln für die Volkschulen aufgewandt worden (fürs Militär 1175 Millionen!). Da jedoch Bildung und Intelligenz der Massen ebenfalls ein wichtiges Erfordernis guter Regierung ist, so zeigt sich auch hier, daß das stehende Heer die Wehrkraft und Verteidigung des Landes schwächt und untergräbt. (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag gedachte Präsident Graf Schweinitz zunächst des Reichsjubiläums und sodann der Opfer der Kieler Katastrophe, deren Andenken das Haus in der Weise ehrt, wie es verstorbene Mitglieder zu ehren pflegt. Sodann fuhr man fort, die Reichswertzuwachssteuer zu beraten. Endlich kam die Generaldebatte über die ersten grundlegenden Paragraphen zu Ende, die unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionssitzung angenommen wurden. Im Schnellgang schlich sich sodann die Beratung weiter, die mit Mühe und Not bis § 10 a gelangte. Während unsere Partei bemüht war, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, die zwar auch kein Meisterwerk, aber entschieden besser als die dürtige verschlimmbesserte Kommissionssitzung ist, suchten die bürgerlichen Parteien, nicht zum wenigsten auch die Liberalen, die Vorlage noch weiter abzuschwächen und das Prinzip der Besteuerung des Wertzuwachses noch mehr zu durchlöchern. Im allgemeinen wurden nun allerdings die Verschlechterungsanträge abgelehnt, aber auch die von unseren Genossen Süddeutschland, Böhmen, Böhmen, Sachsen befürworteten Verbesserungsanträge fanden keine Annahme. Wir wollen dem Reichsschatzsekretär Vermuth nur wünschen, daß der Umstand, daß er sich in sachlicher Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten fand, nicht vom Reichsverband und Zentrum benutzt wird, ihn als Bodmann Nr. 2, als offenen und geheimen Beförderer des Umsturzes, Königsmordes und sonstiger Schlechtigkeiten der Krone und der Mittwoch zu denunzieren.

Am Donnerstag geht die Beratung weiter.

Das Zulagewesen bei der Marine.

Die Budgetkommission des Reichstages erörterte am Dienstag das Zulagewesen bei der Marine. Umfang und Mannigfaltigkeit dieser Zulagen werden durch folgendes Musterverzeichnis gekennzeichnet: es gibt Messel- und Taschengelder, Funktions-, Bord- und Fachzulagen, Seefahrts- und Landzulagen, Dienstalter-, Stellen-, Ministerial-, Orts- und Berpsiegungszulagen; ferner Ehrenzulagen und Dienstaufwandsentschädigungen. Für diese Zulagen sind im nächsten Etat nicht weniger als 19 915 545 Mark eingelegt. Auf Veranlassung des Reichstages sind an den Tasel- und Messelgeldern im ganzen 450 000 Mk. gespart worden, nachdem der Reichstag im vorigen Jahre 271 574 Mk. vom Etat abstrich. Aber die Kürzungen sind so erfolgt, daß die höheren Offiziere kaum etwas einzubüßen; viel härter sind die unteren Chargen und die Gemeinen betroffen worden. Ein Flottendienst wird auch in Zukunft jährlich noch etwa 11 500 Mk. Tasel- und Messelgelder erhalten; sie sind von 33 Mk. für den Tag auf 32 Mark gekürzt worden. Im Ausland erhält er auch in Zukunft täglich 60 Mark Taselgelder. Dagegen sind 10 000 Heizern zum Beispiel die 20 Pf. Zulage entzogen worden, obwohl sie die schwere, gefundheitsgefährdende Arbeit zu leisten haben. Für die Mannschaften erhöht sich der Berpsiegungssatz im Ausland von 85 Pf. auf 1.03 Mk., also um 21 Proz.; bei den Offizieren um 88 bis 200 Proz.; außerdem bezahlen die Herren Offiziere nicht selten mehrere Zulagen nebeneinander, die zusammen oft erheblich höher als das Gehalt sind. Endlich haben die Offiziere noch manche andere Vergünstigungen.

Der Staatssekretär meinte, er habe doch das Zulagewesen ganz nach den Wünschen des Reichstages, d. h. seiner bürgerlichen Mehrheit, geregt. Der Vorsitz der Freisinnigen, zur Prüfung des Zulagewesens eine Subkommission einzusetzen wurde mit dem Hinweise bekämpft, dabei würden wahrscheinlich wieder höhere Zulagen herauskommen, gerade die Löwenhüter mit einigen

Jahren in dieser Richtung betätigt. — Von sozialdemokratischer Seite wurde scharf gegen die Abzüge bei den Heizern protestiert; die Abzüge seien um so mehr zu verurteilen, als sich der Reichstag auf sozialdemokratische Anregungen hin für die Erhöhung der Mannschaftsentschädigung ausgesprochen habe. Wenn sich das Zentrum jetzt einer Reform des Zulagewesens widersetze, handle es nur aus politischen Gründen; aus gleichen Gründen hätten damals die Liberalen die Wünsche der Verwaltung erfüllt. Direkt gefährlich sei die Subventionierung der nichtamtlichen „Marinerundschau“ mit 20 000 Mk.; außerdem erhalte ein Offizier noch eine Extraulage als Redakteur; gelegentlich leiste sich gerade diese Zeitschrift politische Extravaganzen, so vor kurzem erst eine kleine Englandhege. Der Versuch der Verwaltung, die Abzüge für die Heizer damit zu begründen, daß Heizer, die auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht dienen, keine Extraentschädigungen zu beanspruchen hätten, wird von sozialdemokratischer Seite scharf zurückgewiesen. Für die Heizer müßten die Zulagen durch Ersparnisse bei höheren Stellen wieder herausgeholt werden. — Einige vorliegende Anträge sollen bei den entsprechenden Staatspositionen erledigt werden.

Die Landkrankenkassen

bildeten in diesen Tagen den Beratungsgegenstand in der Reichsversicherungsordnungskommission. In der ersten Lesung hatte die Kommission entgegen der Regierungsvorlage beschlossen, die Landarbeiter in ähnlicher Weise an der Kassenverwaltung teilnehmen zu lassen, wie die Industriearbeiter an der der Ortskrankenkassen. Die Konservativen forderten die Wiederherstellung der Vorlage, die die Landkrankenkasse der Gemeindeverwaltung aussiebert. Kulerski (Pole) wandte sich entschieden gegen den Antrag und forderte vom Zentrum Stellungnahme gegen dieses Ausnahmegesetz. Anscheinend aber hat das Zentrum den Konservativen bereits die Zustimmung zur Landarbeiterentziehung gegeben. Das Zentrum rechtfertigt seinen Umsatz mit dem Hinweis auf Delbrück, der erklärte, die Regierung bestrebe auf dem konservativen Antrag, sie habe anders keinen Interesse mehr an dem Zustandekommen des Gesetzes. Genosse Schmidt bemerkte, der Reichstag werde die Verantwortung tragen können, wenn die Vorlage an der Landarbeiterentziehung scheitern sollte. Die Schuld trage dann die Regierung. Abg. Hizé (3.) wünschte eine Bedenkzeit, um vielleicht die Entziehung der Landarbeiter in weniger brüsker Form herbeizuführen. Es wurde dann auch diesem Wunsche entsprochen.

Die Wirkung der Agrarzölle.

Schon bei Beratung der agrarisierten Handelsverträge, die den Junkern abermals erhöhte Getreidezölle brachten, ist darauf hingewiesen, daß die Folge dieser Zoll erhöhungen nicht nur eine schwere Belastung der Konsumanten sein, sondern auch die Grundrente hochtreiben werde, was weiter ein Steigen der Güterpreise und der Pachten zur Folge haben müsse, wobei die Beckhäuser oder Vermieter das Fett abschöpfen und für die Nachfolger im Besitz oder in der Pacht nichts übrig lassen. Die Tatsachen erweisen immer mehr die Richtigkeit dieser Vorauslagerungen. Nicht nur ist im Osten der landwirtschaftliche Besitz zum Spekulationsobjekt geworden und die Güterpreise sind ungeheuerlich in die Höhe getrieben; auch die Pacht preise gehen rapide hoch; sie stellen sich eben auf die durch die Zollerhöhung veränderte Rentabilität ein, die schon wieder in vollem Umfang kapitalisiert wird. Eine interessante Illustration dazu bieten die Ergebnisse der preußischen Domänenverpachtungen, die jetzt in einer Denkschrift des Landwirtschaftsministers dem Landtag unterbreitet worden sind. Das Bild ist genau das gleiche wie im vorigen Jahre: neue, starke Erhöhungen der Pachten. Für 28 Pachtungen von Domänenpächtern, die im Jahre 1910 pachtfrei wurden, ist die Pacht, obwohl die Fläche kaum verändert wurde (12 251 gegen 12 216 Hektar), von 535 900 Mk. auf 599 462 Mk. gestiegen; der Pacht Preis pro Hektar beträgt jetzt im Durchschnitt 48.9 Mk. gegen 42 Mk. in der letzten und 40.9 Mk. am Ende der vorletzten Pachtperiode. Und mit den 43 im Jahre 1911 pachtfrei werdenden Pächtern steht es genau so: bei 13 962 (bisher 13 850) Hektar Fläche beträgt künftig der Pacht Preis 684 384 Mk. gegen bisher 596 138 Mk.; die Pacht pro Hektar stellt sich nun auf 49 Mk. gegen 43 Mk. und 41.8 Mk. Dabei ist in den westfälischen Provinzen die Steigerung viel geringer als der Durchschnitt; um so größer ist sie im Ostelbien. Für ein Vorwerk im Kreis Allenstein (576 Hektar gegen bisher 587) steigt die Pacht von 8002 Mk. auf 12 200, also um mehr als die Hälfte; das Vorwerk Altstadt-Pyritz in Pommern bringt künftig 24 010 statt 17 865 Mk., das Vorwerk Podbielitz in der Provinz Posen 13 160 statt 5659 Mark, mehr als das Doppelte der bisherigen Pacht; für das Vorwerk Griewe in Westpreußen bringt die Pacht bisher 13 157 Mk., jetzt 30 346 Mk. für Ballendorf im Schlesien bisher 21 854, jetzt 32 936 Mk., und so ließen sich die Beispiele weiter häufen. Man kann nach diesen Pachtsteigerungen auf den staatlichen Domänen erneut, welche Maßnahmen der private Großgrundbesitz erzielt. Die Pächter haben keinen Anteil von den Zollerhöhungen, sie müssen den Mehrertrag voll an den Grundherrn abführen, ebenso wie der reale Erwerber von Land ihn in dem erhöhten Bodenpreise im voraus entrichten muß. Natürlich sind alle Reederwerber und Vermieter an der Erhöhung der hohen Getreidepreise umso mehr interessiert, als jede Herabsetzung sie voll kosten würde, weil der ganze Mehrertrag aus den Fällen vom Vermieter oder Vermieter schon kapitalisiert worden ist. Das ist die reale Begründung für ein neues Gesetz nach weiterer Erhöhung der Zölle.

Der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ sind die Befürchtungen über das Steigen der Pachten sehr unbekannt. Wie unzulänglich liegt sie hier zu der Anerkennung herbei, daß die Steigerung im allgemeinen auf einer gewissen Besserung der Lage der Landwirtschaft beruht, sucht den Einblick aber durchaus abzuschrecken, daß sie zahle wöhrend Angabe eines einzigen, wo der Reichstag gesetzten ist,

soll. Wenn das wirklich richtig ist, so beweist das nichts, solange man die außerordentlichen Umstände nicht kennt, denen der Rückgang zweitens ohne zuzuschreiben ist.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch die erste Lesung des Staats und verwies den Etat an die Budgetkommission. In der Debatte ging der Justizminister Pfeifer noch einmal auf die Moabiter Vorfälle ein. Anstatt aber die gestrigen Angriffe des Freiherrn v. Edelitz auf die Zeugen und die Verteidigung zurückzuweisen, machte er Propaganda für eine Verschlechterung der Strafprozeßordnung. Er forderte die Mitglieder des Hauses auf, ihre Freunde im Reichstage geneigt machen, die jetzige Bestimmung, nach der auf eine Zeugenvernehmung nur verzichtet werden kann, wenn alle Parteien damit einverstanden sind, zu beseitigen. Damit würde eines der wichtigsten Rechte des Angeklagten verloren gehen.

Abg. Pachnicka beschäftigte sich besonders mit der Wahlrechtsfrage. Er trat der Behauptung des Abgeordneten Pöschl entgegen, daß im Hause auch für das geheime und direkte Wahlrecht keine Mehrheit vorhanden sei. Nachdrücklich wies er die konservative Behauptung, das Wahlrechtsversprechen der Thronrede sei erfüllt, zurück.

Als letzter Redner zum Etat sprach Genosse Lerner, der das Verhalten unserer Gegner kennzeichnete und die Angriffe auf die Sozialdemokratie zurückwies. Die Kritik unseres Genossen wurde durch verschiedene Ordnungsrufe des Präsidenten unterstrichen.

Am Donnerstag steht die Interpellation der Freimaurer wegen der landrätslichen Übergriffe auf der Tagesordnung.

Parlamentarische Stimmen zur Privatbeamtenversicherung.

Die „Korrespondenz Both“ hat unter Reichstagsabgeordneten eine Umfrage über die Stellungnahme der Parteien zu dem Privatbeamtenversicherungsentwurf veranstaltet. Nach den gewordenen Auskünften habe der Entwurf allgemein enttäuscht; den Wünschen der Angestellten werde mit diesem Gesetz nicht genügend entgegengekommen. Die Beiträge seien für viele zu belastend, die Renten zu klein. Bedenken erzeuge auch die hohe Belastung der Arbeitgeber. Dieser Zwang, 50 Prozent beizusteuern, werde auf die Gehaltsgestaltung einen wesentlichen Einfluß ausüben. In dieser Form habe der Entwurf schwerlich Aussicht auf Annahme.

Reichsverband und Reichstagswahlkampf.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hielt Montag und Dienstag in Berlin seine Vertreterversammlung ab, die nach reichsverbandlicher Versicherung doppelt so stark besucht war, wie die vorangegangene. Zahlenschätzungen Angaben zu machen, hilft man sich. Die Referenten v. Liebert und Hagemann behandelten die kommenden Reichstagswahlen. Die Referenten verkündeten nicht, daß ihnen diesmal die Ausübung ihres Handwerks etwas erschwert werden wird, aber die Reichsverbandler wollen trotzdem alles anwenden, um ein bisher noch nie dagewesenes Zerbild von der Sozialdemokratie fertig zu bekommen. Besonderes Gewicht will die Liebert-Garde auf die Ausschaltung der Verhandlungen des Magdeburger Parteitages und auf die Reichstagsrede Ledebours über die Republik legen. Über das taktische Verhalten der Reichsverbandler sind folgende Grundsätze aufgestellt worden:

1. Schon bei der Hauptwahl diejenigen aufs tatkräftigste zu unterstützen, die als einzige bürgerliche Kandidaten der Sozialdemokratie gegenüberstehen. 2. ebenfalls schon in der Hauptwahl denjenigen Kandidaten seine Unterstützung gewähren, die bereit sind, sich zu verpflichten, ihre Wähler in einer unzweideutigen Erklärung des in der Stichwahl verbleibenden bürgerlichen Kandidaten aufzufordern; 3. in der Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Kandidaten und Sozialdemokraten jenem Wahlhilfe leisten. Sollte eine bürgerliche Partei ein offizielles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen, dann wird der Reichsverband 4. den Kandidaten einer solchen Partei in dem betr. Wahlkreise ebenso bekämpfen, wie einen Sozialdemokraten.

Die ganze ungeheuerliche Überhebung der Reichsverbandsuppe kommt darin wieder einmal zum Ausdruck. Die bürgerlichen Parteien, die der Gründung dieses Verbandes, der nur in den berüchtigten „Echt-Russen“ jenseits gelegen hat, sympathisch gegenüberstanden, werden heute einsehen, welche Rute sie sich auf den Rücken gebunden haben. Der Reichsverband befiehlt, und die bürgerlichen Parteien haben zu gehorchen. Wollen sie nach eigenem Gutwissen handeln, dann seien sie sich der Gefahr aus, mit Reichsverbandschlamm beworfen zu werden. Der Reichsverband befiehlt unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Sozialdemokratie lediglich die Gefäßte der verbissensten und verhöhrtesten Reaktion. Hat es doch der Reichsverband fertig gebracht, in wessen Auftrag und gegen welche Entmündigung sei dahingestellt, die Infamie des Dreiklassenwahlrechts zu verteidigen, eines Wahlrechts, dessen Abänderung selbst die Regierung Preußens als notwendig anerkannt hat. Die Flucht der Beamten aus dem Reichsverband ist ein Beweis dafür, wie man in Kreisen, die sich ein gewisses Maß politischen Unstandes bewahrt haben, über diese Organisation denkt. Ihre ganze Kraft werden die Reichsverbandler darauf konzentrieren, den Häuptlingen des Reichsverbandes, Liebert und Hagemann, ihre sehr gefährdeten Reichstagsmandate zu sichern, ein Beginnen, das freilich ziemlich aussichtslos erscheint. v. Liebert vertreibt den Wahlkreis Borna, wo ihm die Liberalen einen eigenen Kandidaten entgegenstellen, wodurch Liebert aus der Stichwahl verdrängt werden dürfte. Hagemann vertreibt Erfurt, das keineswegs als sicherer nationalliberaler Sitz angesehen werden kann. Die Sozialdemokratie wird dem kommenden Reichsverband-Feldzug mit kühler Gelassenheit entgegen sehen können.

Der reichslandwirtschaftliche Verfassungsentwurf.

Nach einer Korrespondenzmeldung beschäftigt der Reichskanzler die erste Beratung der elaz-lotringischen Verfassungsvorlage, die am nächsten Dienstag im Reichstag beginnen wird, durch eine Reihe eingeleitet.

Geburtstagsfeier-Stimmungen.

Zum 18. Januar, dem Gedenktag der Reichsgründung, bemüht sich die bürgerliche Presse mit gesteigertem Eifer, Stimmung für patriotische Auswüllungen zu machen. Es will nicht recht gelingen, da die braven Patrioten in der schwierigen Lage sind, die machtvoll aufstrebende Bewegung des klassenbewußten Proletariats nicht ganz ignorieren zu können.

Iwar jubelt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Noch stehen diese drei Pfeiler in Preußen-Deutschland; regiert das glorreiche Haus Hohenzollern, das diesen Staat geschaffen; noch herrscht es über ein Heer, das unablässig an seiner Vervollkommenung arbeitet; und noch ist es gelungen, die Reichsfinanzen durch eine entschlossene Tat, deren Bedeutung für das Reich erst der Geschichtsschreiber voll würdigen wird, wenn Hass und Hecke des Tages längst vorübergerauscht sind, wieder auf eine feste Grundlage zu stellen.“

Aber sogleich fallen Wermutstropfen in das Sektklar Blatt fort:

„Aber stehen diese Pfeiler noch so fest wie vor 40 Jahren? Und — um auf den Grund des Übels zu kommen —: Haben in unserem Volke, in unserer Jugend noch die schlichten Männerstungen die Oberhand, die uns allein die kriegerische Kraft, die opferbereite Staatsgesinnung erhalten können, deren wir bedürfen, wenn eines Tages von neuem mit eisernen Würfeln über das Schicksal der großen Nationen auf unserem Planeten entschieden wird?“

Wenn deutsche Agrarier von opferbereiter Staatsgesinnung schwärmen, antwortet lautes Hohngelächter ganz Europas!

Auch die Scharfmacher-„Post“ windet sich in zwiespältigen Gefühlen:

„40 Jahre sind seitdem vergangen, noch steht das Reich in glänzender Pracht da, noch wird es geachtet im Rufe der Völker, noch ist sein Heer unübertroffen und seine Flotte in beständigem Wachstum begriffen, ein Kolonialreich, fünfmal so groß wie die Heimat, hat es sich angegliedert, aber neben diesem Erfreulichen gilt es auch heute, die Hand an etwas Unerfreuliches zu legen. Wir können es nicht leugnen, daß ein antikaiserlicher Geist durch die deutschen Lande zieht. Es nutzt einen oft an, als ob die unselige Zeit wiedergelommen sei, wo die Kurfürsten des Reiches nur darauf bedacht waren, die kaiserliche Macht zu schmälern und zu mindern, damit sie ihren eigenen Interessen besser frönen könnten. Unsere Väter haben Gut und Leben geopfert, um das Reich zu schmieden und den Kaiser zu krönen. Heute aber sind mächtige Kräfte am Werke, das Reich und den Kaiser, den man nach so vielen Leiden und Mühen endlich wieder gewonnen hat, nicht höher steigen zu lassen. Gede Macstvernehmung des Kaisers wird bekämpft, und jede Stärkung des Reiches verhindert. Man gönnt dem Kaiser nicht mehr, was dem Kaiser zukommt.“

Die rechtsnationalistische „Magdeburgische Zeitung“ fühlt die Ehregeiz, die Scharfmacher-Post, dies diesmal die elegische Tonart wählt, noch zu übertrumpfen. Es gelingt ihr! Sie schreibt:

„Gerade in den der Grinnerung an die nationale Wiedergeburt unseres Volkes geweihten Tagen seien die sozialdemokratischen Stimmführer eine Ehre, darein alles in den Staub zu ziehen, woran die Seele des Volkes mit. In Brunn läuft hängt, indem sie jene Empfindungen leugnen, die wie mit Zauberkräften die Herzen entzünden. Freilich, um einen Erfolg für das, was ihre Freiheit in der Volksseele zu entziehen trachtet, sind diese „Arbeiterführer“ nicht verlegen. Das Märchen von dem Aufhören der nationalen und staatlichen Gegensäye nach der Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft ist es, das man den Massen unter einem Schwanz dominanter Phrasen erzählt.“

Was „donnernde Phrasen“ sind, ersehe man aus folgenden Sätzen der „Magdeburgischen Zeitung“:

„Freilich wollen wir an dem heutigen Gedenktag nicht blind vorübergehen an den Schäden der Zeit. Rote Wolken und schwarze Wolken stehen drohend am politischen Horizont und suchen uns den Ausblick in eine glückverheißende Zukunft unseres Vaterlandes zu nehmen. Indessen wollen wir uns die Freude über die Errungenheiten unter der Fahne schwarz-weiß rot nicht trüben lassen. Gegenüber dem Ansturm von außen und der Wühlarbeit von innen gilt es, Vaterlandsliebe, Königstreue und Gottesfurcht mit treuem Sinn zu pflegen.“

„Es steht voran mit schwarz-weiß-rot!“

Die Farben lieb ich bis zum Tod!“

Internationale Befreiung der Ausländer.

Die von der „Münchener Post“ aufgedeckte Tatsache, daß die Zählkarten der Ausländer dem Reichsamt des Innern überliefern werden, welches sie dann dem Statistischen Amt zur Bearbeitung überreicht, hat dazu geführt, daß endlich erklärt wurde, die Karten enthielten keine Namen, weshalb ein Missbrauch ausgeschlossen sei. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ behaupten nun, daß das Verfahren des Reichsamtes des Innern auf einer Vereinbarung mit ausländischen Staaten beruht, die sich verpflichtet haben, gegenseitig die Ausländer zu zählen. Außerdem sind über die ortsanwesenden Ausländer Abschriften der in den Zählungsbüchern enthaltenen persönlichen Namen, mit Ausnahme des Namens, unter Beifügung des Staates, des Bezirks, der Gemeinde und des Ortes der Zählung auf Karten, die vom Kaiserlichen Statistischen Amt zu stesern sind, in lateinischer Schrift herzustellen und dem Kaiserlichen Statistischen Amt bis zum 1. Februar 1912 zu übersenden.“ Ob nun der Name des Ausländers angegeben wird oder nicht, das ist vollständig gleichgültig, denn an der Hand der Angaben über die persönlichen Verhältnisse wird sich der Name des Ausländers sehr schnell feststellen lassen. Wenn auch versichert wird, daß die Erhebungen keinerlei politischen Zwecken dienen sollen, so hat man in Deutschland doch schon genugsmal Erfahrungen gemacht, die die schlimmsten Befürchtungen berechtigt erscheinen lassen.

Österreich-Ungarn.

Neue Herrenhäuserfreiheit. Aus Wien wird geschrieben: „Nach der Gewerbeordnung von 1859 (kaiserliches Patent) wird der Kontraktbruch des Arbeiters noch mit Gefangenlager bedroht, während der des Unternehmers nicht bestraft wird. Auf Antrag unserer Genossen hat das Abgeordnetenhaus einstimmig die Abrogation des Aufnahmegerichtes beschlossen — aber die

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 16.

Donnerstag, den 19. Januar 1911.

18. Jahrg.

Ein Schauspiel.

Der „Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte“, der im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurde, ist nicht etwa, wie vielfach angenommen wurde, eine Vorlage für den Reichstag, sondern nur eine Vorlage der preußischen Regierung für den Bundesrat. Wann der endgültige Entwurf an den Reichstag gelangen wird und welchen Inhalt er schließlich erhalten wird, ist — wie der Staatssekretär Dr. Delbrück in der Reichsversicherungsordnungskommission auf eine Anfrage unserer Genossen erklärte — noch gar nicht abzusehen. Der gegenwärtige Reichstag ist bereits so sehr mit wichtigen Vorlagen belastet, daß die Erledigung eines so umfangreichen und wichtigen Gesetzes, wie des Versicherungsgesetzes für Angestellte, völlig ausgeschlossen erscheint. Was nach den nächsten Reichstagswahlen geschehen wird, hängt von dem Ausfall der Wahlen ab; weder die preußische Regierung noch sonst irgend jemand kann darüber etwas sagen. Die Veröffentlichung des Entwurfs gerade in diesem Augenblick kann daher auch nur den Zweck haben, zu zeigen, wie sehr sich die Regierungen um das Wohl der Privatangestellten bemühen.

Der Entwurf ist mit solcher Eile fertiggestellt worden, daß sogar bedenkliche Flüchtigkeitsfehler darin stehen geblieben sind. So sind nach dem Wortlaut des Entwurfs alle Schreiber, die nicht in kaufmännischen Betrieben oder in Apotheken beschäftigt sind, von der Versicherung ausgeschlossen. Das kann aber unmöglich beachtigt sein.

Seit vielen Jahren kämpfen die Angestellten um staatliche Versicherungseinrichtungen; vor den letzten Wahlen wurde ihnen von den bürgerlichen Parteien Erfüllung ihrer Forderungen auf das bestimmteste zugesagt. Und was haben sie erreicht? Vier Drucksheets voll unverbindlicher Vorschläge der preußischen Regierung.

Und wie kläglich nehmen sich noch diese unverbindlichen Vorschläge aus! Die Versicherung gewährt Ruhegehalt und Hinterbliebenenrenten. Das Ruhegehalt beträgt nach Ablauf von 120 Beitragmonaten ein Viertel des Wertes der in dieser Zeit geleisteten Beiträge und ein Achtel des Wertes der übrigen Beiträge. Als Beispiel nehme man einen Angestellten der fünften Klasse mit einem Jahresgehalt von 1500 bis 2000 Mk. Der Monatsbeitrag beläuft sich auf 9,60 Mk., wovon der Angestellte und der Unternehmer je die Hälfte zu tragen haben. Der Jahresbeitrag beträgt also 115,20 Mk.; für 10 Jahre werden demnach 1152 Mk. bezahlt. Mithin beträgt das Ruhegehalt in dieser Klasse jährlich 288 Mk. oder monatlich 24 Mk. Hat der Angestellte aber noch für weitere 10 Jahre Beitrag geleistet, stellt sich das Ruhegehalt für diese Zeit auf ein Achtel der geleisteten Beiträge, also auf jährlich 144 oder monatlich 12 Mk. Nach 20jähriger Beitragsleistung ein monatliches Ruhegehalt von 36 Mk! Und das nennt man Versorgung eines Angestellten, der bisher 2000 Mk. Jahresgehalt hatte! Sollten — was noch zweifelhaft ist — auch die Rätsen der Beiträge berücksichtigt werden, würden sich die Beiträge etwas, aber doch nur unwesentlich erhöhen.

Das Ruhegehalt soll der Versicherte erhalten, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder durch körperliche Gebrechen und Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufes dauernd unsfähig ist. Berücksichtigkeit liegt dann vor, wenn die Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Doch soll das Ruhegehalt neben dem Bezug von Gehalt,

Lohn oder Einkommen aus sonstiger gewinnbringender Beschäftigung ruhen, wenn Ruhegehalt und Sahresarbeitsverdienst zusammen den 150fachen Durchschnittsbeitrag der geleisteten Monatsbeiträge übersteigen.

Angenommen, der Angestellte mit 2000 Mk. Jahresgehalt hat für 20 Jahre Beiträge bezahlt. Der Monatsbeitrag beträgt 9,60 Mk., das 150fache dieses Beitrages ergibt 1440 Mk. Mithin dürfen für diesen Angestellten Gehalt und Ruhegehalt nicht höher als 1440 Mk. sein. Das Ruhegehalt beträgt 432 Mk.; demnach wäre für den Angestellten der Höchstbetrag des Gehalts 1008 Mk. Was der Angestellte an Gehalt mehr erhält, wird ihm vom Ruhegehalt abgezogen.

Wie steht es in dem entgegengesetzten Falle, wenn der Angestellte die tausend Mark im Jahre nicht mehr verdient kann, aber noch nicht 65 Jahre alt ist oder nach dem Gutachten des von der Reichsversicherungsanstalt ausgewählten Arztes noch nicht berufsunfähig ist? Dann erhält der Privatangestellte kein Ruhegehalt. Diese Fälle werden sich keineswegs selten ereignen.

Die weiblichen Versicherten sollen bereits nach 60 Beitragmonaten ein Ruhegehalt erhalten. In diesem Falle beträgt das Ruhegehalt $\frac{1}{4}$ des Wertes der Beiträge, die in den ersten 60 Monaten entrichtet wurden. Angenommen, die Versicherte habe 60 mal 9,60 Mk. = 576 Mk. bezahlt. Das Ruhegehalt beträgt jährlich 144 Mk. Dieser Betrag wird auch dann nicht höher, wenn die Versicherte mehr als 60 Monatsbeiträge, aber weniger als 120, vielleicht nur 110, entrichtet hat. Die letzten 50 Monatsleistungen fallen dann ganz außerhalb der Rechnung.

Noch viel geringer sind die Hinterbliebenenrenten. Für einen Angestellten, für den 20 Jahre hindurch ein Monatsbeitrag von 9,60 Mk. bezahlt wurde, würde die Witwenrente $\frac{2}{3}$ von 36 Mk., gleich 14,40 Mk. und die Waisenrente $\frac{1}{5}$ von 14,40 Mk. = 2,88 Mk., die Rente für Doppelwaisen $\frac{1}{3}$ von 14,40 Mk. = 4,80 Mk. monatlich betragen.

Kennzeichnend ist die Bestimmung über die Leibrenten. Weiblichen Versicherten, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ganz ausscheiden, kann auf Antrag an Stelle der Aufrechterhaltung der erworbenen Anwartschaft oder der Erstattung von Beiträgen eine Leibrente gewährt werden. Die Höhe dieser Leibrente richtet sich nach dem Werte der Anwartschaft auf Ruhegehalt und nach dem Alter der Antragstellerin. Diese Bestimmung ist praktisch ohne Bedeutung und Wert, da die Leibrente nur äußerst gering ausfallen kann.

Die Organisation zur Durchführung gleicht der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Hier wie dort Beamtenwirtschaft, auf die die Vertreter der Versicherten und der Unternehmer nur ganz geringen Einfluss ausüben können. Vielsach übernimmt der Entwurf die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ohne jede Veränderung, wodurch ans neue bestätigt wird, daß die Versicherung der Privatangestellten ihrer ganzen Natur nach in die Reichsversicherungsordnung gehört. Sollen doch die Angestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 Mk. außer der besonderen Versicherung nach dem Entwurf auch der allgemeinen Versicherung nach der Reichsversicherungsordnung unterstellt werden, mithin die Pflichten und Rechte beider Versicherungen erhalten.

Weshalb wollen die Regierungen trotzdem noch ein besonderes Gesetz für die Angestellten? Man darf fürchten, daß die Folgen dieser fachlich ganz unbegründeten Trennung eine Verschleppung der Sache auf recht lange Zeit

bedeuten wird, wenn der nächste Reichstag nicht anders als der gegenwärtige zusammengesetzt ist. Denn die bürgerlichen Parteien trifft die Schuld, daß die Angelegenheit trotz der wiederholten Mahnungen der Sozialdemokratie bis jetzt verschleppt wurde. Und die bürgerlichen Parteien werden, wenn sie können wie sie wollen, sie auch weiter noch verschleppen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“
Berlin, den 18. Januar 1911.

111. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstheater: Wer mit.

Präsident Graf Schwerin-Löwisch erinnert zunächst an die heute vor 40 Jahren erfolgte Reichsgründung und widmet dann den bei der Katastrophen des Unterseebootes U III in der Kieler Bucht umgekommenen Seeleuten, dem Kapitänleutnant Fischer, dem Leutnant Kalbe und dem Matrosen Rieper einen warmen Nachruf. Die Abgeordneten erheben sich zu Ehren der Verunglückten von den Plätzen.

Hierauf folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung der Reichswertzuwachssteuer.

Dr. Behnert (SPD) begründet einen Abänderungsantrag zum § 1, durch den Steuerumgehung mittels Zerstückelung von Grundstücken unmöglich gemacht werden soll.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn hält die Kommissionsfassung für diesen Zweck ausreichend.

Dr. Weber (SPD) schließt sich diesen Ausführungen an und betont gegenüber dem Abg. Brendt, daß die Einbeziehung des mobilen Kapitals in dieses Gesetz geradezu verhängnisvoll wirken würde. Redner tritt ferner für eine weitgehende Befreiung des Bergverkehrs von der Wertzuwachssteuer ein.

Damit schließt die Debatte über § 1.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die §§ 1, 1a, 1b, 1c, 2 und 3 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 4 sieht eine Reihe von Freilassungen bei Erbschaften, in gewissen Schenkungen usw. vor. Dazu liegen eine Reihe Abänderungsanträge vor, darunter ein Antrag Albrecht (SD) auf Streichung des Absatzes, der den Austausch von Feldsteinen zwischen angrenzenden Bergwerken und bei der Vereinigung mehrerer Bergwerke für steuerfrei erklärt.

Böhme (SD): Die Abg. Vogel und Brendt haben gestern die Befreiung der Bergwerke mit der angeblichen Überlastung des Bergbaus begründet. Aber der Bergbau ist keineswegs stärker belastet als die übrige Industrie. Diese Befreiung ist daher nicht gerechtfertigt. Zum mindesten müßte die Bestimmung anders gefaßt werden. (Zustim. b. d. Soz.)

Marx (SPD) befürwortet einen Antrag, wonach die Begründung von Rentengütern und anderen Grundstücksvoraussetzungen zur Befreiung des mittleren und kleinen Grundbesitzes von der Steuer frei sein sollten.

Dr. Weber (SPD) befürwortet einen Antrag, auch den Austausch eines Bergwerks mit einem Hüttenundernehmen steuerfrei zu lassen und bekämpft den Antrag Marx. Die Steuerfreiheit bei Begründung von Rentengütern sei bereits im § 22 vorgelehen.

Dr. Brendt (SPD) beantragt, den Austausch kleiner landwirtschaftlicher Parzellen bis zum Werte von 3000 Mk. steuerfrei zu lassen. Ein Wertzuwachs werde dabei sowieso nicht entstehen, man sollte also den fiskalischen Apparat nicht in Bewegung setzen.

Schatzsekretär Wer mit bittet um Ablehnung der gestellten Abänderungsanträge. Zu dem Antrag Albrecht wolle er sich nicht äußern, da derselbe die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bedeute.

Biehlsch (SD): Wir haben gestern abend aus einem Vortrage des Kollegen Goerke von finnischen Vorrangungen gehört, die die Chinesen anwenden, um den Einbrechern das

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(43. Fortsetzung.)

Nach der Liovre zu urteilen, erwiderte Mierendorf, haben Sie bei dem Tausche nicht sonderlich gewonnen. Aber kommen Sie her, Sie alter Schwede, sehen Sie sich zu mir. Stellen wir das Licht fort, ich sage abends nicht gerne im Hellen. Die alte Gurgelina soll uns eine Bombe machen, und wir wollen von der guten alten Zeit reden, von der Zeit, wo wir mit Sachsen fuhren, und die Jungen nichtzählten, die wir beim Ringreiten abstachen, wo die ganze Welt uns gehörte, und wir dem Teufel selber va-banque zugerufen hätten. — Aber zum Henker! Sarraz, Sie sehen ja ganz verzweift reduziert aus, alter Burgherr müssen auf verteuft magerer Weide die lezte Zeit ihr Schäfchen getrieben haben, und wie kommen Sie in dieses miserable Land, wo man die Fische in Bier kocht, kein ragout sie kennt und von Salat nicht mehr Verstand hat, als der hochselige Nebukadnezar? Und dabei sehen Sie, den Bauch abgerechnet, wie ein Bonze aus. Zum Satan, Mensch, was treiben Sie, was sind Sie? Zeigen Sie Wappen und Helmzier auf. Ritter, oder haben Sie keinen Teil an jenem heiligen Gral, den das feusche Gold-Marienchen dort uns bringt.

Nun, erwiderte Herr Sarraz, ich bin ein geistlicher Ritter geworden. Ja, mein Herr Baron, lachen Sie, so viel Sie wollen, aber ich danke Gott, daß er mich mit seiner Gnade erleuchtet hat, und mein Fuß nicht mehr auf dem breiten Pfad des Verderbens wandelt. Ich bin heuer nicht mehr ein Verbrecher des Teufels, sondern des Herrn. Ich bin ein Missionarius und treibe nebenbei einen kleinen Blücher- und Bilderverhandel für Nea-Tabenna; suche auch Warten eines Missionsschiffes unterzubringen, und habe ein von einem Bruder-Herrnhuter entdecktes äußerst probates Haaröl — es ist dasjenige, dessen sich die Madagaskarener bedienen, und nie sieht man unter ihnen einen Zahnkopf — in Kommission.

Nun, es ist erst im Beginnen. Besser geht es jedoch, als ich erwartet habe. Mein Sankt-Gesa-Haarbalsam macht dem Haarwäschen bereits starke Konkurrenz. Der Herr zählt auch hier noch Freunde, und gestern ist es mir

gelungen, dem Erzfeind selber eine lästige Schlappe beizubringen. — Ich legiere hier bei einem würdigen Geistlichen, beim Herrn Pastor Kett in Plümmeran.

Aha! sagte Mierendorf, nun geht mir ein Licht auf. Ich könnte mir auch nicht erklären, woher denn die dickeköpfige Fakir plötzlich soviel Phantasie gekommen war, ein so lustiges Murk zu komponieren. Also Sie, mein Vertreter, haben den Teufel in diese Wüste gebannt und nachher in das Gergesentier gerächt? Sarraz, die Geschichte hätte selber dem Baron Mierendorf Ehre gemacht. Aber, altes Volk, erzählen Sie mir, wie Sie dazu kommen, dießen Kurs zu steuern. Doch eine Bitte: behalten Sie die verfluchten frommen Rebensarten, wenigstens für heute abend, im Sac. Ich werde doch nicht Ihre Reeder, denn ich habe heuer einen Abschluß vor allen Schiffen und mären's auch die von Königinnen und Prinzessinnen. Haare habe ich auch, trotz einem Madagaskarener; und daß ich von jeher eine unbezwingliche Idiosynkrasie gegen schlecht erzählte Lügen hatte, so sind mir alle Traktäthen ein natürlicher Greuel und mehr zuwider, wie Limburger Käse. Eine gut erzählte Lüge dagegen ist ein köstlich und lieblich Kleindob, und dem Herrn äußerst wohlgefällig und wohl darf man den als einen großen Bohrtäter der Menschheit preisen, der eine solche zeugt und in die Welt setzt. Seht dies in Ihrem Vermögen, lieber Sarraz, dann frisch darauf los. Aber versuchen Sie nicht weiter, mir einschwanken zu wollen, daß Sie aus einem Rändigen ein Reuiger, aus einem Küsler ein Blücher, aus einem Roulettepieler ein Gebetschieler, aus einem Johann Herumschweifer ein Johann der Läufer geworden sind; — ich weiß doch, daß dies alles nur eine Falschingsposse ist. — Abrigens ist mein Prinzip, seinem ehrlichen Menschen ein erlaubtes Gewerbe oder Bläser auszuhanden zu machen, und daher, Freund, kann ich auch, wenn's nötig ist, das Maul halten.

Nun, nun, erwiderte Herr Sarraz, ich sehe, Herr Baron, Sie sind noch immer derjenige, welcher Man findet das unter den Leuten Ihres Standes jetzt selten, namentlich hierzulande. Was sonst stets im Reithabit war, hat jetzt Kuttenträger angezogen; und was sonst nur Gassenhauer pflegt, singt jetzt Aitaneien. Wo man früher lustig tanzte und Champagner aus silbernen Humpen trank, da beschundet man nur und trinkt abscheulichen Tee aus kleiner Fajence-Tasse. Selbst die Kutterei-Vor hat sich verfehlt, und ist totz geworden; und der alte Graf Bonjambon hat testamentlich verordnet,

dass seine zwölf unehelichen Jungen sämtlich Theologen studieren sollen, um dem sündlichen Treiben der Welttheider entgegen zu arbeiten. Schenken Sie aber ein, Herr Baron. Ich denke, Sie sind nicht so katholisch, daß Sie den ganzen Kelch für sich allein behalten wollen. Mein Hals ist mir so trocken, wie ein alter Magluchen.

Augenblicklich füllte der Baron seinem Gaste das Glas, stoppte sich dann eine Weise, schob die Bank zurecht, zog die Beine auf dieselbe hinauf, leckte den großen Kater der Witwe herbei und legte denselben statt einer Wärmflasche sich auf die Füße, wand sich dann sein Taschentuch um den Kopf und streckte sich mit dem Rücken gegen den wohlgeheizten Ofen. Herr Sarraz aber, nachdem er sein Glas geleert und es frisch wieder gefüllt hatte, stellte die Füße, nachdem er die Schuhe ausgetragen, in den Ofenkasten und begann dann folgendermaßen:

Vor etwa vier Jahren fand ich mich in Homburg eines guten Morgens durch etwa ein halbes Dutzend Gelbschnäbel, deren Väter von mir das Spielen gelernt haben, gänzlich adämiert. Alles und alles war fort und selber noch mehr, denn ich hatte zehntausend Gulden Schulden gemacht. Nun ist freilich Schulden haben immer bei weitem besser, als gar nichts haben, aber wenn man zugleich bereits einen grauen Kopf hat, so sind sie doch nur unter die Sicher belegten Hypotheken. Mir ging alles die Quer, und schon sahen es mir möglich mein Leben direkt in einem Arbeitslager vertrauen zu müssen, da kam mir eine gute Idee, welche ich auch sofort in Ausführung brachte. Mitten im Roulettealde fingierte ich, nachdem ich ausge die letzten gelehrten zehn Gulden verpflegt hatte, einen Schlagkopf, indem ich mit einem Streifschuh den Rippen der linken Seite entlang versetzte.

Das Geheimt schlug ein. Am anderen Morgen wurden mit vom Badecomitee zwanzig und von den Herren Spielvätern fünfzig Louis zugeladen und mit diesem Gelde in der Tasche ging ich nach Hamburg, und da ich gehet, daß in der letzten Zeit das von dort in Kreuztal und Preiskuranten notiert werde und oft Käufer fände, so verwandelte ich mich in Herrn von Sarraz.

(Fortsetzung folgt.)

Eindringen in ihre Häuser möglichst schwer zu machen. Ungefähr nach demselben Prinzip scheinen die verschiedenen Antragsteller zu verfahren, die ein wahres

Lobbyismus von Schnauzern um das Gesetz herum ausführen wollten, um es dem Staate unmöglich zu machen, an den Wertzuwachs heranzukommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Selbstredend lassen wir uns auf keine derartige Verschlechterung oder Abschwächung der Kommissionsfassung ein. Wenn auch Herr Weber mit Engagements reden würde, er wird uns doch nie davon überzeugen, daß Bergwerksfusionen eine ganz besondere steuerliche Privilegierung verdienen, weil sie im Interesse der Bergarbeiter liegen. Ich nein, wenn Bergwerke fusioniert werden, so geschieht das im Interesse der Unternehmer. Es kann einmal vorkommen, daß eine Fusion dem Interesse der Arbeiter entgegenkommt. Bei allgemeinen aber sind gerade die Bergherren die älteren, die ohne dringende Not den Arbeitern Zugeständnisse machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn aber die Bergarbeiter danach streben, sich durch Lohnkämpfe einen Anteil am erhöhten Gewinn der Werke zu verschaffen, so haben sie, wie wir es bei allen Streiks gesehen haben, nicht nur die Arbeitgeber, sondern die ganze Staatsgewalt gegen sich. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Über die Privilegierung der Fusionen könnten wir nur dann mit uns reden lassen, wenn eine besondere Bestimmung zugunsten der Arbeiter, etwa wie sie sich im Kaligefeg befindet, in das Gesetz hineingebracht wird. (Beifall bei den Soz.)

Do e (Bapt.): Wir treten durchaus für die Koalitionsfreiheit ein, aber Bestimmungen, wie sie die Sozialdemokraten mit fremder Hilfe in das Kaligefeg hineingebracht haben, bedeuten einen Schritt in der Richtung des Zukunftstaates, den wir nicht mitmachen. (Beifall bei den Liberalen, Hilt. b. d. Soz.)

Dr. Weber (ML): Ich hält gegenüber den Ausführungen des Abg. Hiltz die Behauptung aufrecht, daß die Arbeiter an der Privilegierung der Bergwerksfusionen interessiert seien.

S a c h s e (SD): Hier ist verschiedentlich von den Bergwerksverhältnissen im Sieger Land die Rede gewesen, und man sucht auf diese Weise die Privilegierung der Fusionen zu rechtfertigen. Tatsächlich aber werden die Voraussetzungen des Antrags Weber im Sieger Lande kaum jemals eintreten. Es liegt also gar kein Grund vor,

die reichen Bergherren noch zu privilegieren. Wir werden gegen den Antrag Weber stimmen. (Zust. b. d. Soz.)

Die Diskussion schließt. Sämtliche materiellen Abänderungsanträge zum § 4 werden abgelehnt. Mit einigen redaktionellen Änderungen wird die Kommissionssatzung angenommen.

§ 5 und 6 werden debattlos angenommen. § 6a geplatzt bei der Berechnung des Wertzuwachses den Wert der vom Veräußerer übernommenen Lasten usw. vom Bräuungspreise abzuziehen.

Dr. Südekum (SD): Wir beantragen, den § 6 zu streichen, weil diese Materie zu § 15 gehört. Außerdem ist der Paragraph in seinem Wortlaut so gesetzt, daß auch Maschinen, die nicht zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstückes gehören, in Abzug gebracht werden können. Das hat aber die Kommission nicht gewollt.

Berichterstatter Graf Westarp (Conf.): widerspricht dieser Aussöhnung, solche Maschinen seien natürlich nicht abzugfähig.

Dr. Weber (Plat.): Die Maschinen — gleichgültig ob sie dem wesentlichen Bestandteil des Grundstücks angehören oder nicht — seien abzugfähig sein.

§ 6 wird angenommen. Desgleichen die §§ 7 und 8.

§ 8a gestattet dem Bundesrat, soweit in Landesgegen für die Altertermittel abweichende Vorschriften getroffen sind, dies der Bemessung der Reichsaabgabe zugrunde zu legen, und überläßt es den Landesregierungen, im Einvernehmen mit dem Reichskanzler bei der Verfestigung Einheitspreise zu normieren.

Trimborn (3): Der leichte Abzug gibt der Regierung eine ungeheure Macht, ich habe große Bedenken.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn: Diese Art der Schädigung hat sich in den Gemeinden sehr bewährt.

Dr. Südekum (SD): Nach wir haben erhebliche Bedenken gegen die Bestimmung. Man könnte danach den landwirtschaftlichen Boden einfach ganz allgemein zu hoch schätzen, so daß der Beitrag der Steuer verschwindet. Weiter fest jedes Rechtsmittel gegenüber einer ungerechten Schädigung.

Reichsbuchsekretär Wermuth: Die Absicht war nur, eine Vereinfachung der Veranlagung herbeizuführen. Bei der Ausführung würden wir die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen. Zu Misstrauen haben Sie keine Veranlassung.

Dr. Junck (ML): Von Misstrauen ist nicht die Rede, sondern von Vorurtheil. (Große Heiterkeit) Deshalb ist es am besten, den leichten Abzug § 8a zu streichen und die Regelung den Ausführungsbestimmungen zu überlassen.

Trimborn (3): beantragt Streichung dieses letzten Absatzes. In den Städten oder ländlichen Gemeinden würde nach diesem Geiste der Beitrag der Steuer ganz in Frage gestellt werden.

Dr. Reinmann-Höfer (Bapt.): beanstandet auch den ersten Abzug des § 8a und hält den ganzen Paragraphen abzulehnen.

Reichsbuchsekretär Wermuth: Dies doch zu weitgehend.

Dr. Südekum (SD): Wir müssen doch mindestens wissen, wie weit schon derarige Landesgesetze erlauben. Wenn gar keiner da ist, haben wir keinen Anhalt, für die Zukunft den Landesgesetzgebungen Eingriffe zu gestatten. Wenn aber welche erlauben, müssen wir sie annehmen, so sie mit den hier festgesetzten Grundsätzen übereinstimmen.

Dr. Reinmann-Höfer (Bapt.): Wir können unmöglich dem Staatsrat gestatten, gemeinsam mit der Landesregierung ein Rechtsspiel, das wie machen, abzändern und geradezu anpassen.

Reichsbuchsekretär Wermuth: Die hier angeschlagene Bestimmung ist möglich aus dem § 81 des Reichsteuergesetzes entnommen.

Dr. Reinmann-Höfer (Bapt.): Dann ist es ja jetzt übersehen werden.

Denn folgt die Diskussion.

§ 8 wird in beiden Abzügen abgelehnt.

§ 9 wird angenommen.

§ 10 bestimmt die Berechnungen zum Bräuungspreis bei der Berechnung des Wertzuwachses. Auch hier liegt eine Art von speziellen Anträgen vor.

Do e (SD): Bei der 3. Beratung in der Kommission lagen zu diesem Paragraphen 10 Abänderungsanträge vor und jetzt sind auch wieder 27 eingetragen. Alle diese Anträge haben die Fraktion die Zustimmung des Reichstages abgelehnt. So ist großer Schaden an den Besitzern des Gesetzes entstanden. Sie haben in der Kommission

lebhafte heftige Gegenfeuer gefeuert

(lange Zeitlang) und haben die Zustimmung des Gesetzes entstanden. Bei diesem Gesetz haben Sie nicht

solche Ausnahmen. Bei den Zollgesetzen waren Sie nicht so ängstlich bemüht, darin Rücksicht auf die von der Steuer Betroffenen zu nehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir meinen, daß jeder Steuerpflichtige betroffen werden soll, der einen Gewinn am Wertzuwachs macht. Wir Sozialdemokraten sind bei diesem Gesetz in einer angenehmen Lage, wir brauchen keinen moralischen Rahmenjammer zu haben, wie sie so manche andere Partei, die nicht recht weiß, wie sie ihre den Wählern gegebenen Versprechen einlösen soll. Wir werden alle diese Anträge ablehnen und bitten, die Regierungsvorlage wiederherzustellen. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Wermuth: bittet dringend, alle Abänderungsanträge abzulehnen. Würden Sie angenommen, so bliebe schließlich von der Besteuerung des Wertzuwachses überhaupt nichts übrig.

Dr. Weber (ML): polemisiert gegen den Abg. Binder. Nicht nur reiche Spekulanten würden von dem Gesetz getroffen, sondern zahlreiche kleine Leute, Hunderttausende von kleinen Hausbesitzern usw. seien daran interessiert, daß nicht so drakonische Bestimmungen erlassen werden.

Dr. Möllke (R): begründet einen Antrag, daß Geschäftsposten in Abzug gebracht werden können, welche für die Erzielung des Grundstückes erforderlich waren.

Nach weiterer unerheblicher Debatte werden fast alle Abänderungsanträge abgelehnt. Angenommen werden die Anträge Bauhandwerkern und Baugewerbetreibenden, die eigene Arbeit geleistet haben. Statt 10 Proz. 15 Proz. des anrechnungsfähigen Wertes den Aufwendungen zuzurechnen.

Mit diesen Abänderungen wird § 10 angenommen.

Das Haus vertragt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion schlug bestimmte als Redner für den elzab-Döhringischen Verfassungsentwurf die Genossen Grimm und Möllke. Zum Berichterstatter der Fraktion für den nächsten Partitag wurde Genosse Gock bestimmt.

Unternehmertum und Leibgarde. Die Arbeiter der Firma Hufvud in Leipzig, Fabrik für automatische Waschmaschinen (Phonola) erhielten vor kurzem durch die Post das neueste Reichsverbandspamphlet: Rudolf Ebibus: Indiscrete Fragen an die Sozialdemokratie, angestellt. Der Reichsverband hat das Unternehmertum aufgefordert, ihm Adressen von Arbeitern mitzuteilen und den nötigen Monmon beizufügen; man braucht, die „verführten“ Arbeiter Reichswahrsheitsverbandsfoto ins Haus zu schicken. Dass es in diesem Falle ausgezeichnete Leibnus-Ware ist, hat seinen besonderen Reiz.

Aus dem Rechtsstaat Preußen. In Wittenberg (Wahlkreis Heiligenstadt) sollte am Ende der vorigen Woche die erste öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Was müssen die Wähler vor den Reichswahlwahlen wissen?“ stattfinden. Als unser Vertretermann die Versammlung bei dem Amtsgericht anmeldete, wurde ihm folgende Antwort: „Was, Sie sind wohl vertreten!“ „So eine Heiterkeit gibt's nicht!“ „Sie sind schon lange als sozialdemokratischer Agitator bekannt, ich werde Sie künftig mehr aufs Visier nehmen!“ „Gemeinhaltung gibts nicht!“ Auf den Hinweis unseres Genossen, daß es keiner Gemeinhaltung, sondern nur einer Verbrennung bedürfe, wurde er von dem Amtsgerichter aus der Amtsstube geführt. Die Beleidigung beim Landrat — der Herr heißt Krantz — die unser Genosse persönlich vorbrachte, fand keine Beachtung. Der Herr Landrat meinte vielmehr: „Sie sind sich in acht, Sie roter Bruder, es ist gut, daß ich Sie kenne!“ Sie lesen nur einsitzige sozialdemokratische Zeitungen und sind deshalb ganz verbübt!“ Der Amtsgerichter hat ganz recht, in seinem Kreise gibt's so etwas (Versammlungen) nicht!“ Schließlich verlangte Herr Landrat Krantz, daß unserem Referenten, Gen. Uwe-Erfurt, „abgedreht“ werden sollte. Da das abgelehnt wurde, meinte der Landrat: „Wenn Sie nun den Saal nicht kriegen?“ Und richtig, der Sozialist, den uns der Wirt zugesichert hatte, wurde plötzlich zurückgezogen, weil die Versammlung verboten sei. Kennzeichnend in es, daß, als die Verweigerung des Saals feststand, die Befreiung über die Versammlungsanstaltung eintraf.

In den Fustapsen Buems.

Der heisere Schrei des alten Scharfmachers Buem nach Verhängung des Gewerkrechts hat auch beim Verband Sachsischer Kaufleute (Sik) Dresden die gebührende Beachtung gefunden. Der Verband hält es für geboten, daß seine Mitglieder viel härter als bisher gegen die in „sozialdemokratischen Gewerkrechten“ organisierten Arbeiter vorgehen und sich mehr dem Schutz der Nichtorganisierten widmen, besonders aber auch „möglichst umfangreiches Material“ sammeln, das dann den gelegebenden Körperschaften unterbreitet werden soll. Er hat an seine Mitglieder nachstehendes, der „Leipziger Volkszeitung“ zugegangenes Kundschreiben gerichtet:

Verband Sachsischer Industrieller
Sik Dresden
Dresden im Januar 1911.
Christianstraße 1.

An unsere Mitglieder!

Die in neuerer Zeit sich häufenden Fälle von Terrorismus, sozialdemokratisch organisierte Arbeiter gegen die Angehörigen anderer Organisationen, sowie gegen unorganisierte Arbeiter veranlaßt uns, unsere Mitglieder mit der Hilfe heranzutragen, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu zuwenden.

Es sind uns gerade in letzter Zeit eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wonach die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkrechte sich geweigert haben, mit auf nationalem Boden lebenden Arbeitern zusammen zu arbeiten, daß sie, um diese Absicht durchzuführen, auch nicht darüber zurückgehen. Streits zu infizieren oder die ihnen nicht zu Willen gehenden Firmen zu boykottieren, wie dies beispielsweise die Brauerei zum Plauenschen Lagerstelle in Dresden in der letzten Zeit erhaben hat.

Unseres Meinens ist eines der wichtigsten Mittel, den kommenden Sozialdemokraten zu begegnen, darin zu suchen, daß die nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter gegenüber dem Terrorismus und dem Boykott ihrer Genossen (F) den Sog der bestreitenden Firmen gewinnen. Dazu es liegt auf der Hand, daß der kommunistische Zeitung wie überhaupt die Organisationen der Sozialdemokratie in dem Maße seitlichen tun, wie

die Nichtorganisierten erkennen müssen, daß die durch Streik und Boykott ausübliche Macht größer ist, als der Schutz, der die Arbeiter in solchen Fällen den Arbeitswilligen und Nichtorganisierten gewähren.

Wir richten daher aber hierdurch im Interesse der auf nationalen Boden lebenden Arbeiter an unsere Mitgliedsfirmen die Bitte, nach Möglichkeit, bei Weigerung sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, mit Nichtorganisierten oder Angehörigen der auf nationalem Boden lebenden Arbeiter, zu zusammenarbeiten, den Bestrebungen der Sozialdemokraten Widerstand zu leisten. Insbesondere bitten wir ferner, keine Vereinbarungen mit den freien (sozialdemokratischen) Gewerkrechten zu treffen, kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragshaltenden Industrien ausgeschlossen werden, oder die Arbeitgeber gezwungen werden, Arbeitskräfte lediglich von einem bestimmten Arbeitsnachweis zu beziehen, wodurch eine Brotlosmachung der auf nationalen Boden organisierten oder nicht organisierten Arbeiter bewirkt und erreicht wird.

Des weiteren bitten wir, uns möglichst umfangreiches Material über alle Ihnen bekannte Fälle von Boykott oder Ausschreitung bei Streiks einzusehen, namentlich über Ausschreitungen von Streikposten, Terrorisierung nicht organisierter Arbeiter und ähnliche Übergriffe der sozialdemokratischen Gewerkrechten.

Wir sind der Meinung, daß diese Fälle der breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen, daß momentan auch in den gesetzgebenden Körperschaften über diese Ausschreitungen berichtet werden muß, denn nur auf diese Weise ist es möglich, derartigen Übergriffen wirksam zu begegnen und die Behörden zu veranlassen, gegen die zweifellos in dieser Richtung vorhandenen Missbräuche auf Grund bestehender Gesetzesbestimmungen einzuschreiten.

Wir hoffen, daß Sie uns in der weiteren Behandlung dieser, die gesamte Industrie belästigt interessierenden Frage mit dem Ihnen zu Gebote stehenden Material unterstützen.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Verband Sachsischer Industrieller
Kommerzienrat L. B. Lehmann
Vorsitzender
Dr. Gustav Stresemann,
Syndikus.

Schutz der Gelben und Streikbrecher, der Leibnus- und der Hingarde, das ist also auch die Parole der sächsischen Industriellen, und um diese edle Tätigkeit mit Nachdruck ausüben zu können, braucht man „möglichst umfangreiches Material“, das man dann den gezeigten Körperschaften und den Behörden, d. h. der Justiz, zum Einschreiten unterbreiten kann. Wie solches Material, das auch dem Reichsverband nützen soll, aussieht, weiß man ja.

Gewerkschaftsbewegung.

Im Verband der Blumen- und Blätterarbeiterinnen ist an Stelle der verstorbenen Genossin Ihrer Genosse H. Sinn als Verbandsvorsitzender gewählt worden. Die neue Adresse des Verbandsvorsitzenden ist Berlin N. Stettinerstraße 30; dort befindet sich auch die Redaktion des „Blumenarbeiter“.

Anhänger wollen die Knopffabrikanten ihre Arbeit in Frankenhausen a. Kyffhäuser. Der Geschäftsführer der Fabrikantenvereinigung in Frankenhausen, ein Rechtsanwalt, hat es vor einigen Tagen ausprobiert, daß die Arbeiter kommen sollen und um Arbeit bitten. Verhandlungen werden abgelehnt, die Fabrikanten bestimmen über die Löhne und Arbeitsbedingungen, falls aber die Arbeiter sich zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklären würden, kommt eine große Zahl nicht wieder eingestellt werden, weil die neu eingeführten Maschinen nahezu die Hälfte der Arbeiter überflüssig gemacht hätten. Etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen befinden sich nun schon über 20 Wochen im Kaufhof, um ihre erwartlichen Löhne um wenige Pfennige aufzubessern. Kein Erfolg, denn die Fabrikanten mit den ausgebeuteten Lohnsklaven, die zum großen Teil im Interesse des Profits ihre Gesundheit geopfert haben. Aber nicht allein die Gesundheit der männlichen Arbeiter ist zum großen Teil zugrunde gerichtet, sondern auch die von Weib und Kind muß geopfert werden, um das kümmerliche Datum weiter fristen zu können. Schwindsucht, Augenkrankheiten und Krankheiten der Atmungsorgane sind in der Berliner Industrie geradezu erschreckend umfangen vorhanden. Der Wiener Arzt Dr. Bach gibt in der Allgemeinen Wiener Medizinischen Zeitung das Ergebnis von Untersuchungen der Wiener Berliner Industriedreieck vor. Er schreibt:

„Im ganzen erstreckte sich die Prüfung auf 150 Arbeiter, die ungesöhnlich ein Sechstel der Gesamtheit ausmachten. zunächst wies das meist jugendliche Alter der untersuchten, von denen nur 11 das 50. Lebensjahr überschritten hatten, darauf hin, daß mit diesem Gewerbe verhältnismäßig frühe Gesundheitsschädigungen verbunden sind. Es wurde dann durch eine umfassende Statistik festgestellt, daß die Knopffabrikanten im Durchschnitt nicht mehr als 26 Jahre alt wurden. Unter jenen 150 Arbeitern wurden 85 Erkrankungen der Atmungsorgane festgestellt, und davon erwiesen sich 71 als tuberkulös. Außerdem hat es den Anschein, daß die jungen Leute, die sich diesem Gewerbe zuwenden, an sich nicht aus dem besten Menschenmaterial stammen; denn es waren unter ihnen eine erstaunlich große Zahl als untauglich für den Heeresdienst erklärt worden, auch waren fast zwei Drittel aufsellend klein.“

Dr. Bach erklärt dann weiter der Berliner Industriedreieck für eine „Verunsichertheit der Berliner Industriedreieck“. In Wien liegen nun aber die Verhältnisse für die Berliner Industriedreieck noch weit günstiger als in Frankenhausen. In Frankenhausen ist die Heimarbeit in weit größerem Umfang vorhanden, die Arbeitszeit weit länger und die Löhne viel niedriger als in Wien. Wie es da mit dem Gesundheitszustande der armen Knopffabrikanten in Frankenhausen aussieht, wird man sich denken; man weiß es, wenn man an einer Bekämpfung der ausgenutzten, blassen Arbeiter und ihrer Frauen teilgenommen hat. 20 Wochen haben die Streikenden treu ausgehalten und sie werden auch ferner aushalten, bis der übermächtige Fabrikanten gebrochen ist. Die eigene Organisation und die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft stehen hinter den Kämpfenden. Zugang von Knopfarbeitern ist auch weiterhin zu erwarten.

Vom Koalitionsrecht der Eisenbahner. Einen Beitrag dafür, wie die Staatsbehörden ihre Arbeiter von dem Verlust von Versammlungen abzuhalten verstehen, können wir aus Frankfurt a. O. liefern. Zum Dienstag, 10. Januar, war eine öffentliche Versammlung eingerichtet, zu der in der Hauptstadt die in den Staatsbahnen-Betrieben in Frankfurt a. O. beschäftigten Arbeiter eingeladen waren. Reichstags-Abgeordneter Fab. Schmidt-Berlin sollte sprechen über: Worum will die Regierung den Eisenbahner in den Werkstätten verhindern? Die Betriebsleitung der Frankfurter Eisenbahnenstätte lag in der Auflösung die letzte Versammlung, lag ihre Autorität untergraben, sie glaubte zweifellos, daß die Arbeiter

ter der Staatswerft nicht zu wissen brauchten, warum die Arbeiter der Betriebsverfassungen im Arbeitskammergesetz von der Regierung anders behandelt werden sollen, wie die Arbeiter der Privatindustrie. Die Betriebsleitung stand heraus, daß die Versammlung eine sozialdemokratische sei. Durch Anschlag machte die Betriebsleitung bekannt, daß die Versammlung von sozialdemokratischer Seite einberufen sei und die Direktion nicht wünscht, daß diese Versammlung von den Arbeitern besucht werde. Einigen Arbeitern wurde jedoch unter der Hand angezeigt, daß sie hingehen und Mitteilung machen sollten, wieviel von den Werkstättenarbeitern an dieser Versammlung teilgenommen haben. Weil also ein sozialdemokratischer Reichstagabgeordneter in der Versammlung über ein die Eisenbahnwerkstättenarbeiter außerordentlich stark interessierendes Gesetz reden wollte, steuerte die Betriebsleitung die Versammlung zu einer sozialdemokratischen und „wünscht“, daß die Arbeiter diese Versammlung nicht besuchen. Wie ein solcher, von der Betriebsleitung ausgesprochener „Wunsch“ zu verstehen ist, weiß jeder, der schon einmal in solchen staatlichen Betrieben gearbeitet hat, und auch die Arbeiter wissen es, die noch darin arbeiten. Hier wird der „Wunsch“ befahl. Will die Betriebsleitung damit verhindern, daß der Reichstagabgeordnete Robert Schmidt die Grinde, die der Minister Delbrück gegen die Einbeziehung der Staatswerftarbeiter ins Feld geführt hat, den Arbeitern der Frankfurter Werkstatt bekannt macht? Glaubt die Betriebsleitung, daß die Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Arbeiter überzeugt, daß die angeführten Gründe der Regierungsvertreter zu diesem Geschehen nicht zureichend sind, dann dürfte die Betriebsleitung der Regierung den schlechtesten Dienst erwiesen haben. Der „Wunsch“ der angekündigten Versammlung nicht zu besuchen, ist auch von den Arbeitern der Frankfurter Eisenbahnwerkstätte verstanden worden. Die Arbeiter zogen es vor, der Versammlung fernzubleiben, um sich nicht den Denunzianten der Betriebsleitung auszuliefern. Es wird sich aber eine andere Gelegenheit finden, auch die Arbeiter der Staatsbetriebe darüber aufzuklären, daß sie als Arbeiter und Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. Terrorismus ist das Verhalten der Betriebsleitung in Frankfurt a. O. allerdings nicht. Wer das behauptet, ist ein Mögler.

Moabit vor dem Schwurgericht.

Am Mittwoch erklärte Rechtsanwalt Heine: Die Verteidigung hatte die Absicht, die Beweisaufnahme heute zu Ende zu führen. Über nachdem, was sich gestern im preußischen Abgeordnetenhaus ereignet hat, scheint das nicht möglich zu sein. Ich rede nicht von den dreisten, die Wahrheit auf den Kopf stellenden Angriffen auf die Verteidigung, ich beabsichtige nicht mich mit dem Herrn v. Bedlich auseinander zu setzen, dessen Worte überraschend als die Auszüge eines beschämten Fanatikers aufgefahrt werden. Wohl aber könnte es uns zu neuen Beweisaufträgen nötigen, daß der Minister des Innern von den Zeugen, die die Polizei belastet haben, behauptet hat, sie hätten die Borkommissare außerordentlich aufgebaut, wenn nicht gar mit Absicht zum Tode entstellt. Der Vorsitzende bemerkte, die Geschworenen würden sich durch Vorgänge außerhalb des Gerichtssäales nicht in ihrer freien Meinung beeinflussen lassen. — Rechtsanwalt Heine: Ich habe dazu das feste Vertrauen; aber es ist doch die Frage, ob zur Überlegung solcher frivolen Verdächtigungen der Zeugen nicht noch eine weitere Beweisaufnahme nötig ist. Der Vorsitzende bittet dringend, solche Ausführungen zu unterlassen. Rechtsanwalt Heine: Ich möchte mir, daß die Herren Geschworenen nicht glauben, daß die Verteidigung solche grundlosen und methodischen Verdächtigungen Vorsitzender unterbrechen! — Hierauf beantragt Heine event. die Zeugen, die die Polizei belasteten, noch einmal zu vernnehmen. Gegen diesen Antrag macht der Vorsitzende prozeßuale Bedenken geltend.

Hierzu werden Einzelfälle behandelt, die keine neuen bedeutungsvollen Momente ergeben.

Nach Abschluß der Zeugenvornehmung zu den einzelnen Anklagefällen erklärt sich die Verteidigung bereit, auf weitere Beweiserhebung zum allgemeinen Teil zu verzichten. Die Staatsanwaltschaft aber besteht darauf, daß noch einige von ihren Zeugen gehört werden. Natürlich läßt nun auch die Verteidigung noch mehrere ihrer Zeugen vernnehmen. — Die Staatsanwälte zeugen haben nichts von polizeilichen Ausschreitungen gelehrt. Die Verteidigungszeugen dagegen ergänzen das durchbare Bild der Polizeiwirtschaft noch durch eine Reihe von Einzelfällen. Ein tödlichster Rechtsanwalt ist aufs äußerste empört gewesen, als er die Roheiten der Schuhleute beobachtete. In einer menschenleeren Straße saßen vier bis sechs Personen vor ebenso vielen Schuhleuten geslossen und mit Säbeln niedergeschlagen worden. Auch am Boden liegende Mißhandelte erhielten noch Säbelhiebe. Die Beauten überschütteten ihre Opfer mit Hohngeflächter. Nach die Angaben über die Kochpistolenattacken wurden von neuem bestätigt. Lebte Zeug ist ein Arbeiterfrau, die auf dem Nachhauseweg durch prügelnde Schuhleute von der Seite ihres Mannes gerissen wurde. Der Mann flüchtete in ein Haus, die Frau blies draußen. Mit den Worten: „Verflucht! Nas, was tuft Du noch auf der Straße!“ führte ein Schuhmann einen scharfen Säbelhieb nach ihrem Kopfe. Sie mochte den Hieb mit dem Arme abwehren und trug eine tiefe Wunde davon. Als die Schuhleute den Mann, der jetzt im Hausschlaf befand, sah einer: „Da ist ja der Kerl von dem Betrieb! der muß raus!“ Die geflüchtigte Frau verließ ihren Mann; die Schuhleute begnügten sich dann damit, die Türtaschen einzudämmen.

Staatsanwalt und Verteidigung verzichteten dann auf weitere Beweisaufnahme. Am Donnerstag fällt die Sitzung aus; am Freitag sollen die Blödvers beginnen.

Aus dem Gerichtszimmer.

Der seltsame Fall, daß ein preußisches Gericht Streitbrecher ins Gefängnis schickt, ist in Königsberg i. Pr. eingetreten. Die dortige Strafkammer hat drei Matrosen des in Stettin beheimateten Dampfers „Der Preuß“ zu Gefängnis verurteilt. Es waren Engländer, die während des Seemannentreffs in Stettin angemischt worden waren. Die Leute haben sich Ende November, während der Dampfer in Königsberg i. Pr. lag, dem Kapitän widerstellt und ihn den Gehorsam verweigert, weil er sie nicht absimmen wollte, wie sie verlangten. Sie wurden wegen Vergehens gegen §§ 101 und 103 des Seemannsordnung zu je einer Monaten Gefängnis verurteilt unter Berücksichtigung von je einem Monat Unterbringungshaft. „Ja ja! Wenn selbst internationale Streitbrecher nicht arbeiten wollen, so ist das alleidings geeignet, die gute Laune der Dame Justice zu verderben.“

Ein Lebendengräber. Vor dem Neuburgener Schwurgericht wurde am Dienstag der Kriminalkommission Schreiber wegen Unterdrückung im Amt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Von der Anklage der Altenbergsche Gefangenschaft wurde er freigesprochen.

Aus Nah und Fern.

Gesetzlich erlaubter Mord. Aus Halle a. S. wird gemeldet: Einen tragischen Ausgang nahm eine Wildereraffäre, die sich in Lindenbrück in der Böhmer Heide abgespielt hat. Dort waren der Arbeiter Leohardt und der Schlosser Hilpert aus Halle, als sie mit einem Freitzen Kaninchen jagten, von drei Flurschäfern überrascht worden. Hilpert setzte sich, als die Beamten keine Verständlichkeit feststellen wollten, zur Wehr und bedrohte die Flurschäfer mit einem Messer. Darauf gab einer der Schäfer zwei Schüsse aus einem Revolver ab. Der erste Schuß verleiste Hilpert an der Hand, während der zweite den Arbeiter Leonhardt in den Hals traf. Beide Wilderer, die stark bluteten, flüchteten. Der Aufenthaltsort Hilberts, der nur leicht verwundet wurde, ist noch nicht ermittelt worden. Leonhardt wurde vier Stunden nach dem Kampf im Lannenstück mitten im Schnee gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Dort ist er seiner Verlegung, die sich durch das lange Liegen im Schnee verschlimmert hatte, erlegen. Die Staatsanwaltschaft hat zur Aufklärung des Tatbestandes, der in seinen Einzelheiten noch im Dunkeln liegt, eine Untersuchung eingeleitet.

Der gestrichene Polizeipräsident. Die Direktion des Lessingtheaters schreibt den Berliner Blättern: Eine Stelle in Gerhart Hauptmanns „Ratten“ ist von der Censur gestrichen worden; die Direktion sieht sich veranlaßt, gegen diese Verfügung zunächst beim Bezirksschauspiel aus prinzipiellen Gründen Klage zu erheben. Im dritten Akt sagt Director Hassenteuer: „Greide ich eine Schädigung, so wende ich mich an den Polizeipräsidenten; ich bin mit Herrn von Madai gut bekannt.“ Der Polizeipräsident hat nun die Worte: „Ich bin mit Herrn von Madai gut bekannt“, gestrichen; in der Premiere wurden sie dennoch gesprochen, aber auf erneute Reklamation seitens der überwachenden Polizeigärne von der zweiten Vorstellung ab wegelaufen. Da der Name anderer bekannter Persönlichkeiten in den „Ratten“ mit Erkundnis des Polizeipräsidenten genannt werden darf: z. B. Bebel, Liebknecht, Bismarck, Kaiser Wilhelm, so erscheint der Director des Lessingtheaters dieser Zensurstreich als Willkür, um so mehr, als die handige Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts ein Urteil gegen den Polizeizensor nur aus dringenden ordnungspolizeilichen Gründen gestattet. Inmitten dies hier zutrifft, werden die Gerichte zu entscheiden haben; inzwischen wird an Stelle des verbotenen Namens v. Madai auf Vorabdruck von Gerhart Hauptmann der Name Baron von Krautschke eingesetzt werden, gegen den aus ordnungspolizeilichen Gründen, wie die Direktion des Lessingtheaters annimmt, nichts einzurunden sein wird.

Schwarze Mantwürfe. In Neurode i. Schles. sollten auf Veranlassung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker „Der Pfarrer von Kirchfeld“ und Max Halbes „Jugend“ zur Aufführung kommen. Da ein bürgermeisterliches Verbot der Aufführung vom Landrat aufgehoben wurde, lehnen die Schwarzen alles in Bewegung, um die Aufführung zu verhindern. Von der Kanzel und in Versammlungen wurde mit dem Erfolge gegen den Wirt, der das Lokal zur Verfügung stellen sollte, gearbeitet, daß der Wirt seine Zusage schließlich zurückzog. Ganz offen wurde von den Schwarzen der Vorstoß angedroht, so daß sich keiner der übrigen Lokalbesitzer getraute, seinen Saal herzugeben. Als es endlich gelang, einen Saal in einem Vororte zu erhalten, wurde hier wieder vom Amtsvoorzehrer und sogar vom Landrat, der die Aufführung in der Stadt gestattet hatte, die Genehmigung verfugt. Beide wurden aber vom Regierungspräsidenten eines anderen belebt. Die Vorstellungen finden nun doch statt, wenn auch nicht in der Stadt, so doch in deren unmittelbarer Nähe.

Die Pest in der Mandschurei. Aus Charbin, den 18. Januar wird gemeldet: In den letzten 24 Stunden wurden zehn Pestfranke und sechs Leichen aufgefunden. In Beobachtung sind 1709 Personen, darunter 22 Europäer. Sterblichkeit sind 23, darunter zwei Europäer. Seit dem Beginn der Epidemie wurden auf dem hiesigen Pestfriedhofe 408 Leichen beerdig.

4 Personen erstickt. Bei einem im Hüttenwerk Kasimir in Sosnowice ausgebrochenen Brande sind ein Aufseher und drei Arbeiter erstickt.

Spiele nicht mit Schießgewehr. In Augsburg hat der 17jährige Sohn der Witwe eines Postbeamten beim Hantieren mit einem Gewehr seinen 18jährigen Bruder erschossen.

Gronne Fürsorge. Die „Kreuzzeitung“ lobt die Anregung eines Seelenhüters, den Kinematographen in den Dienst der Kirche zu stellen. Es sollen Filme mit Bildern aus dem Leben der kirchlichen Arbeit, der Mission und ähnlicher Gebiete vorgeführt werden, es werde dann eines der Patet gewonnen werden, „dem Gurreihen der Zuchtlosigkeit und Pietätlosigkeit, der Geleg- und Gottlosigkeit zu wehren.“ Niemand wird leugnen, daß eine solche Charakteristik den Geist — echt christlicher Liebe und Güte atmet.

Ein Schlemmer! In der „Deutsch. Tagessch.“ des wohlbekannten Dr. Dertel lesen wir:

„Unverantwortlich! Leichtsinnig! handelt der Kuttermann eines Dominiums im Kreis Rastadt. Der Mann eignete sich eine größere Menge Fleisch eines an Seuche verendeten und verabreichten Kindes an und wollte es zum Genuss für seine Faamilie verwenden. Sein Vorhaben wurde durch Einschreiten der Behörde vereitelt und seine Bestrafung droht.“

Warum mög. der Huttermann des Herrn Großgrundbesitzers wohl auf den Gedanken gekommen sein, das frische Fleisch für sich auszuhubden? Ob er am Ende gedacht hat: besser schlechtes Fleisch als gar keins? Es wäre ganz interessant, zu erfahren, wie hoch der Kohn dieses Huttermanns ist. Das der leichsfähige Mensch seiner Verströmung entgegensteht, finden wir übrigens durchaus in der Regel. „Kuß der Meute, deinet partout Fleisch essen.“

Ein byzantinischer Jungbrunnen. Ein großes Ereignis ereignet sich in Trikala vor. Für diejenigen unserer Leser, die bisher noch nichts von dem Vorhandensein einer Stadt des Kainus gewußt haben, sei vorweggeholt, daß Trikala an der Donau in der Provinz Brandenburg liegt, die etwa 7000 Einwohner der Stadt näheren sich zunehmend Ackerbau und Viehzucht. Als größte Schande würdigkeiten der Stadt werden den freilich seltenen Freunden ein Bis in die Ewigkeit und die Ewigkeit zu tun haben, sich die gesamten Honoratioren der Stadt und längere zu einem Schenkungsfest vereint, das mehrere Vorstellungen eines bedeutenden Schauspiels „Hohenzollern“ in die Tage feiert. Sicherlich ein eindrucksvoller Kunstschauspiel den Priesterkultus gefeiert. Dafür gibt die in Form eines Aufrufes geschriebene Einladung einen schwachen Abglanz. „In dem Aufruf heißt es:“

„Bürger! Freunde in Stadt und Land!“

Die Hohenloherfestschrift ist unsere Gedächtnis. Sie ist der schönste Beitrag des Patriotismus. Sie ist wie ein klares, erfrischendes Wasser. Wer da untersagt,

da er wird sie ein Bad der Neugeburt. Sie ist wie ein Sternenbesitzer. Sie ist ein, der die schönsten Stimmen des Menschenrechts weiß.

Natürlich wird es dann für Ehrendienst jedes Deutschen erklärt, mit unterzutreten und das „Bad der Neugeburt“ — höchstens eine billige Gelegenheit für ältere Männer — durch Einnahme von Blutte zu unterstützen.

Vielleicht nimmt der Prinzregent von Braunschweig, der bekanntlich seinen Hoftheater-Ziendanten in die Wüste geschickt hat, die Gelegenheit wahr, um sein etwas in Wittfeldt gekommenen Theater wieder in die Höhe zu bringen?

Von den Zentrumsterroren. weiß die nationalliberale Bonner Zeitung (Mr. 18 vom 19. Januar) neue Taten zu melden: Für Mittwoch, 11. Januar, war in Schwetzingen (Kreis Rheinhessen) eine liberale Versammlung anberaumt worden. Parteidirektor Corde sollte über die Finanzreform sprechen. Das Zentrum hatte nicht allein seine Anhänger aus Schweinheim, sondern auch die der umliegenden Dörfer durch Blakate zu der gegnerischen Versammlung eingeladen und sie ersucht, eine halbe Stunde vor Beginn zu erscheinen. Um 7½ Uhr war infolgedessen der Saal schon brechend voll; mit drei Geißlungen an der Spiege war so ziemlich das ganze Zentrumsgesetz anwesend. Herr Corde geriet von Anfang an in schweren Konflikt mit dem Pfarrer Braun aus Flammersheim, von dessen Tisch aus er beständig unterbrochen wurde, und mit dem er eine gereizte Auseinandersetzung wegen der Bedeutung des Eides hatte. Die Geißler erhöhten sich unter den fortwährenden aufstrebenden Zwischenrufen des Pastorentisches immer mehr. Plötzlich, wie es kam, vermag keines der anwesenden Verbündeten wieder zu sagen, erhob sich in ungeheurem Gepränge, es klang wie auf ein verabredetes Signal und im Nu brach ein gewaltiger tumult aus. Mehrere Mitglieder des Pastorentisches (ohne den Pastor) stürzten mit geballten Fäusten auf die Rednertribüne los. Fausten flogen durch die Luft, ein Zentrumsmann schlug einen Liberalen mit einer Stiefelsohle über den Kopf, daß das Blut hoch aufspritzte. Der Vorsitzende läutete Sturm, suchte Streitende voneinander zu trennen, nichts half. Die Schuld an diesen Brutalitäten schreibt die Bonner Zeitung dem liberalen Parteidirektor Müller und dem örtlichen Vertrauensmann zu, die solche Raufbolden in die Versammlung hörden hätten. Nicht minder Schuld, so fährt das Blatt fort, trifft den Pfarrer Braun. Auch er mußte seine Buppenheimer kennen, er kannte den Inhalt des Blakats und mußte sich sagen, daß dieses Blakat keinen friedlichen Ausgang der Versammlung bedeutete. Statt nun, wenn auch mit einiger Lebensgefahr, die Streitenden zu verlöhnern, schaute er scheinend, die Arme gekreuzt, dem Getümnel zu! Vergeblich bemühte sich dagegen der macere Polizist um Herstellung der Ruhe. Endlich ebte der Lärm etwas ab, und diese Gelegenheit benutzte der Vorsitzende, um durch den Polizisten die Versammlung politisch schließen zu lassen und die Leute dreimal zum Verlassen des Lokals aufzufordern. So also behandeln die Christlichen Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht in ihren Hochburgen selbst die harmlosen Liberalen — dieselben Liberalen, um deren Freundschaft sie dort, wo sie ihre Stimmen gegen die Sozialdemokratie nötig haben, mit alter Macht werden! Und diese Terrorstandarte hat die Schamlosigkeit, moralische Entrüstung über die angebliche Unzialdanktheit — der Socialdemokratie zu schauspielen! Der liberale Parteidirektor Corde hat in den ländlichen Teilen des Späthischen Wahlkreises schon so viele Beweise christlich-zentralistischer Nächstenliebe eingeholt, daß er sich heute auf seinen Touren stets mit einer Browningpistole bewaffnet.

Erländerjagd. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ erinnert daran, daß zu Frankfurt a. M. in sehr därfstigen Verhältnissen ein achtjähriger und fast erblindeter Schweizer namens Giovanni Martignoni lebt. Dieser Mann verdankt die moderne Metallindustrie eins ihrer wichtigsten Werkzeuge, nämlich den Spitzabholzer. Martignoni lebte 1863 in Düsseldorf, wo er eine Erfindung machte. Obgleich die große Wichtigkeit seiner Erfindung bald anerkannt wurde, blieb er dennoch arm, ja er lebte in jüngster Zeit genötigt, in einer Brothütte einen Appell an die deutsche Industrie zu richten, das heißt: die Mäßigtigkeit der Unternehmer anzuregen, denen seine Erfindung als eines der Mittel zum Reichtum gedient hat. Martignoni hat dasselbe Schicksal wie Pierre Martin, der Erfinder des nach ihm benannten Verfahrens zur Stahlerzeugung. Im Juni des vorigen Jahres ging über diesen eine Notiz durch die Presse, nach der Paris im Alter von 88 Jahren in großer Fürstlichkeit lebte. Damals verauflachte man ihm zu Ehren ein Festmahl. Martin war aber nicht mehr in stande, daran teilzunehmen; er mußte in einem Nebenzimmer warten, bis die aus Vertretern des deutschen und französischen Unternehmens und der französischen Regierung bestehenden Teilnehmer sich an den ausgesuchten Speisen und Getränken genügend gefüllt hatten und mit den Festreden begannen. Diese beiden alten Gründer könnten sich noch verhältnismäßig glücklich schämen. Martin empfing von einigen Unternehmern einen Teil des Reichtums, zu dem er ihnen verholzen hat, in Form von Ehrentagen zurück zu einer Zeit, wo er zu gebrechlich ist, um mit dem Gelde noch etwas anfangen zu können. Vielleicht wird man an Martignoni in ähnlichem Weise den „Wohlstandskrisen“ des Kapitalismus beteiligt. Verpflichtet ist das Unternehmertum ja keineswegs dazu. Es könnte diese beiden Gründer ja ebenso gut einstimmen lassen, wie schon so manchen andern Gründer, nachdem seine Erfindung andere große Reichtümer einbrachte.

Skandalaffäre in der amerikanischen Marine. Wie der „Berliner Republik“ aus New York gemeldet wird, hat der Bismarck-Admiral Thoma den Bismarck-Admiral Börringens als Besitzer des Geschwaders des Stützpunkts Opanz wegen homoseksueller Tätildienstes die an Mannschaften des Geschwaders beigebrachten wurden, entbunden. Bismarck-Admiral hat das betreffende Dekret bereits unterzeichnet.

Ein achtjähriges Mädchen ermordet. Im Stadtteil Bessingen in Darmstadt wurde auf dem Speicher eines Hauses die Leiche eines achtjährigen Mädchens in einem Sack aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß die Tochter des in dem gleichen Hause wohnenden Schreinermasters Thoma ist. Nach dem Ergebnis der angestellten Untersuchungen liegt zweifellos ein Verbrechen vor.

Mauritanische Orientalküste. Der Erbauer von Koubouhat den Sohn des Sultans von Seguia bestochen lassen, indem er ihm plüssiges Kleid in die Augen trieben ließ. Infolge dieses Unfalls befindet sich nun Kämpfer unter den Mauritanischen Bürgern bevorrechtigt, dafür gibt die in Form eines Aufrufes geschriebene Einladung einen schwachen Abglanz. „In dem Aufruf heißt es:“

„Mauritanische Freunde in Stadt und Land!“ Die Hohenloherfestschrift ist unsere Gedächtnis. Sie ist der schönste Beitrag des Patriotismus. Sie ist wie ein klares, erfrischendes Wasser. Wer da untersagt,

Arbeitsfront.

J. R. Guttm. So.

Bernauerhöher Redakteur: Johannnes Stelling.

Verleger: J. Schwanck. Preis je Stück 10 Pf. Sämtlich in Gold.

Gebr. Barg Tel.
Kohlmarkt 5 No. 1739
Lübeck.

Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussenteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr**.
G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck,
Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgenssen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinhard, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinhard.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 33.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Kiehlsell, Königstr. 111. Tomb-
Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien

Paul Burmester, Lübeck, Lohsb. 49.
Dampf-B. u. Kondit.

Dampfbäckerei, Hansa'
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
Fischer-

J. Eixmann, grube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.

Dilk. Hüper, grube 76.
H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.

R. Kasch, Fleischhauerstr. 52.
Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.

Wih. Krahm, Fackenb. Alice 57a.
A. Hotelmann, Schlum-Straße 1. Sp.:
H. J. Tamm, Wickedestr. 20.

Dilk. Hüper, grube 76.
H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.

J. Reinhold, Fein-, Fein-, Grubbaeckerei.

John. Gode, Fein- u. Weißbäckerei.
Reinfeld, Kirchsteig.

L. Schünemann, Fein-, Weiß-, Grobb.
Schlutup.

Joh. Elvers, Lübeckerstr. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.

Ad. Hinzelmann, Wesoerstr.
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.

B. Plath, Lübeckerstr. 3.
Herrn. Steffen, Seeretz.

W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

KARREY
Lübeck, Huxstr. 117.
Zur Beflockung.

Georg Behnck, Lübeck, Warendorpsstr. 4. Tel. 2186.

Central-Heerdigungsinsti
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.

H. Norenburg, in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.
Lübeck, Schwarz-Allee 193.

G. VNB, Lager fertiger Särge.

H. Griebel, Eutin, Westerstr. 14.

G. Wackenfeld, Fackenburg.

H. Krüger, Reusfeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Beschlägenstalten

(B. Bühn), Lübeck, Schwarz-Allee 4.
Beschlägenst., Elektric.

H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.

Hansa "J. Dettmann, Beckergasse 51.

W. Hinz, Schlossbergs. 33.
Warendorpsstr. 21.

J. Kult-Ort, Fimmelestr. 7.

John. Petersen, schmiedestr. 3.

Johannes Vog, Huxstr. 90.

Betten, Bettfedern

Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 21.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.

L. Dave, Große Burgstr. 32.

J. Jürgensen, Schwartauer Allee.

Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 89.

Richard Wagner, Reinhard.

H. Kranz, Schlutup.

Brauereien

Alten-Bierland Lübeck

Lübecker Bürgerbrau. Brauerei.

Eibschloss, H. Höfmann, Huxstr. 75.

H. A. W. M. Unterstrasse 96.

Festsp. 12/4.

Laibeker

Hans. Bier.

Zur Balkenöhle

H. Lück

Die Lübecker in der

Bad Flügeln.

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft

S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.

Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 31.

Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.

F. Jürgensen, Schwartauer Allee.

Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.

J. H. Pein, am Markt.

Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.

Rudolph Karstadt, Eutin.

W. Friedrichsen, Travemünde.

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

Beim Einkauf von Margarine verlange man ausdrücklich die erstenklassigen Margarinemarken der Firma A. L. Mohr. G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Überall erhältlich!

"volks" wirtschaftliche Kommission des Herrenhauses hat das Eintreten in die Beratung abgelehnt, weil man das erst mit der ganzen Gewerbeordnung neu regeln könnte. Das hat man aber bei den zünftlerischen Abänderungen der Gewerbeordnung nicht gesagt. Das in allen zivilisierten Staaten längst durchgeführte Verbot der Nachtarbeit der Frauen soll nach dem Beschluss der gleichen Kommission in Österreich erst übers Jahr in Kraft treten! Unsere Partei hat in ganz Österreich Protestversammlungen einberufen.

Frankreich.

Eine Wiederaufnahme des Prozesses Durand. Der Direktor für Kriminalachen im Justizministerium erklärte einer Abordnung des Komitees zur Befreiung Durands, der Justizminister ließ in Rouen eine neue Untersuchung in Sachen Durand eröffnen.

Japan.

Der sogen. Anarchistenprozeß hat nun sein Ende gefunden. 26 Personen sind beschuldigt, dem Kaiser und anderen Mitgliedern der kaiserlichen Familie im Sommer 1910 nach dem Leben getrachtet zu haben. 24 Angeklagte wurden zum Tode und 2 zu 8 bzw. 11 Jahren Gefängnis verurteilt. — Während die Verhandlung im Anarchistenprozeß geheim war, wohnten die Mitglieder des diplomatischen Korps und angesehene Japaner der Urteilsverkündigung bei. Einer der Verurteilten rief "Bansai!", worauf alle Verurteilten aussprangen. Ein anderer rief: Hoch lebe die Anarchie! Dann ließen sich alle ruhig absöhnen. Man hält es für möglich, daß die Todesstrafe in lebenslängliche Verbannung umgewandelt wird.

Es werben also nicht nur in Europa, sondern auch in Japan Klassenurteile geföllt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 19. Januar.

Der Bürgerausschuss befürwortete in seiner gesetzigen Sitzung einen von Hinkeldeyn formell abgeänderten Senatsantrag, der verlangt, daß die Vorsteuerhaft des Heiligen-Geist-Hospitals I. zur Bezeichnung von Aktien der zu erbauenden Eisenbahn Lübeck-Segelberg im Betrage von 50 000 M. 2. zum Beitrag zu dem Beschlüsse der Landgemeinde Krumbek vom 17. November 1910, betreffend die Bezeichnung von Aktien im Betrage von 20 000 M., 3. zur unentgeltlichen Abtretung des zum Bahnbau erforderlichen Areals des Hofs Krumbek ermächtigt werde. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde ferner ein Nachtrag zum Gesetz betr. die Kaufmännische Fortbildungsschule, ein Antrag des Senates auf Ankauf und Austausch von Ländereien in Poggensee. Mitgenhmigt wurden die Senatsanträge betr. Gewährung von 1200 Mark jährlich für die Jahre 1911, 1912 und 1913 als Beihilfe an den gemeinnützigen Bauverein zur Unterhaltung seines Brausebades, Bewilligung von 6300 M. für Abschließung der südl. Veranda der Fortthalle in Itzelsdorf, Bewilligung von 4140 M. für den Umbau des auf dem Stadtgute Bensendorf befindlichen Schafstalles zu einem Kornboden und für die Errichtung eines Käfer- und Füllentisches, Bewilligung von 400 M. für die Herstellung eines Hühnerstalles und eines Geräteraumes im Kellergeröß des Pastorengesäßes in Rüdnitz.

Das Gewerbesteuergesetz wird heute im Gesetz- und Verordnungsblatt amtlich publiziert. Die Steuer ist zuerst für das mit dem 1. April d. J. beginnende Steuerjahr zu entrichten.

Der Vorschlag über die Einnahmen und Ausgaben der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1911 ist bereits dem Bürgerausschuss zugegangen und von diesem einer siebengliedrigen sozialistischen Kommission überwiesen.

Das Urteil gegen den ehemaligen Postbeamten Karolke, der sich eine seinem damaligen Kollegen Pl. gehörige Pelerine angeeignet und für sich behalten hatte, wurde heute mittag verkündet und lautete wegen Unterschlagung auf 100 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgesprochen, daß K. sich die Pelerine angeeignet hätte, obwohl er wenigstens nach einigen Tagen wissen mügte, daß sie nicht ihm, sondern Pl. gehörte. Die Absicht, die Pelerine für sich zu behalten, sie also zu unterschlagen, gehe daraus hervor, daß er den darin befindlichen Namen entfernte. Strafwidrig berücksichtigt wurde die Tatsache, daß der bei seinen Kollegen sehr unbeliebte Karolke in dem Glauben stand, ihm sei von anderen ein Schabernack gespielt worden, indem man seine eigene Pelerine verschleppte. Ferner wurde als strafwidrig die guten Zeugnisse angesehen, welche dem K. von seinen Vorgesetzten gegeben wurden.

Jahresbericht des Verbandes der Bäcker und Conditoren Deutschlands, Zahlstelle Lübeck. Das vergessene Jahr war für uns ein bedeutungsvolles; konnten wir doch das 25jährige Bestehen unseres Verbandes feiern, aus welchem Anlaß auch unser Verbandstag in Berlin stattfand. Die Arbeiten der Mitgliedschaft im vergessenen Jahr sind folgende: Es fanden zwei Haussätagungen und im Herbst eine politische Aufnahme in unserm Beruf statt. Ferner wurden abgehalten 12 Mitgliederversammlungen und 4 öffentliche Versammlungen. Der Vorstand erlebte keine Geschäfte in 16 Sitzungen. Eingegangene Briefe und Karten 176, Drucksachen 198. Ausgegangene Briefe und Karten 210, Drucksachen 500. Die Einnahme im Berichtsjahr betrug 3576,07 M., die Ausgabe 3092,96 M. Kassenbestand 483,09 M. An Unterstützungen wurden bezahlt: Arbeitslosenunterstützung für 29 Mitglieder 382,30 M., Kleider-Unterstützung für 12 Mitglieder 57,10 M., Krankenunterstützung für 17 Mitglieder 291,70 M., Ausgesparten-Unterstützung für 2 Mitglieder 225,25 M., Notunterstützung für 1 Mitglied 20 M., insgesamt für 61 Mitglieder 976,35 M. Unsere Zahlstelle zählte am Schluss des Jahres 116 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 44, zugetreten 16, abgereist 26, ausgetreten 4 und gestrichen 5. In den Arbeitsnachweisen ließen sich eintragen 44 Kollegen. Arbeitslose Tage waren 561 zu verzeichnen. Ausfälle wurde an 24 Kollegen in 63 Fällen mit 807 Tagen verrechnet. Von diesen entfielen auf die Lübecker Genossenschaftsbäcker 80 und auf andere Betriebe 57 Tage. Durch den Ausweis erhielten 2 Kollegen feste Arbeit und 20 durch Sammungs- und andere Nachweise. Am Schluss des Jahres waren 12 Kollegen arbeitslos. Etwas vorwärts sind wir in diesem Jahre gekommen und an Aussichtswärts hat es nicht gefehlt, doch hindert uns hieran das Kost- und Logiswesen beim Meister, welche dasselbe gerne beibehalten wollen, sich selbst zum Nutzen der Gesellen über zum Schaden und Nachteil des

teren besitzen aber nicht Kraft und Mut genug, dieses Ahabaushalten, weil sie unserer Organisation fernstehen. Die Bäckergesellen-Bruderschaft, welche sich im vergangenen Jahre von dem gelben Bund losgelöst hatte, ist in letzter Zeit wieder der gelben Seuche verfallen. Am letzten Sonntag sind zwei gelbe Führer anwesend gewesen und haben diese Bruderschaftsherren mit ihren Weisheiten vollgeprust. Uns solls nur wundern, wie lange dieser Leim hält. Feder rechlich denkende Meister muß bei dem Gerede der Gelben von den gemeinsamen Interessen der Meister und Gesellen zu dem Ausruf kommen: Was gibt es doch für dumme Menschen!

Gemeinfam im Tod gegangen. Aus der Wakenitz unterhalb der Travemannstrasse wurden gestern nachmittag zwei zusammengehörende Leichen gezogen, und zwar die eines Soldaten und mit ihm zusammengehörend die einer weiblichen Person. Beide Leichen wurden geborgen. Der Soldat stand in der 7. Kompanie des hiesigen Regiments und war vom Silvesterurlaub nicht zurückgekehrt. Er heißt Albrecht und stammt aus Hamelmingen im Kreis Achim. Seine Geliebte ist die Arbeiterin Burgdorf, die erst am 1. Dezember v. J. nach hier gezogen ist. Dem Soldaten wird von seinen Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgestellt, sodaß außer der Urkundensicherung nichts gegen ihn vorliegt. Doch soll er während seiner Dienstzeit ständig von Liebeskummer gepeinigt worden sein, der die beiden wohl in den Tod getrieben hat. Denn auch die Burgdorf war am Silvester nicht in ihre Wohnung zurückgekehrt.

Einen Selbstmordversuch unternahm gestern nachmittag im Mittwoch ein Schlauchmeister. Er verlegte sich durch einen Schuß schwer am Kopf. Man befürchtet, daß er das Augenlicht verloren. Der Verleger wurde ins Krankenhaus geschafft.

Amtliche Warnung vor Busennährpulver. In Zeitungen, denen es um das Geld der Finanzen zu tun ist, wird von der Firma Otto Spiegelberg Nachstig. in Berlin 3, Ferstalener Straße Nr. 80, ein sogenanntes Busennährpulver Grasol als Ideal aller Nährpulver zum Preise von 2,50 M. für den Karton — drei Stück 8 M. — zur Erlangung einer späten Blüte angeboten. Das Pulver besteht nach amtlicher Feststellung nur aus Hafermehl mit Milchzucker-Zusatz und hat nur einen geringen Wert. — Gleichzeitig sei nochmals gewarnt vor Warner's Safe Gute, das jetzt wieder in einer Broschüre Propaganda für das Produkt macht. Das Geld dafür ist hinausgeworfen.

Einen durchschlagenden Erfolg erzielte der in Lübeck am Stadttheater als beliebter Schauspieler und Regisseur wirkende Herr Ernst Albert mit seinem auch hier bekannten lustigen Schwan "Die Granta" im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in Berlin.

Handelsregister. Am 16. Januar 1911 ist eingetragen: 1. bei der Firma: Hermann Goebler in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma: Heinr. Kuhlmann in Lübeck: Der Firmeninhaber H. B. Th. Kuhlmann ist am 3. Dezember 1910 verstorben. Seine geleglichen Erben, nämlich: seine Witwe M. D. A. Kuhlmann geborene Siemsen, und seine Kinder: L. Kuhlmann, geboren am 20. Februar 1903, J. Kuhlmann, geboren am 2. September 1905, E. Kuhlmann, geboren am 11. November 1906, sämtlich in Lübeck, führen das Geschäft in ungesterter Erbengemeinschaft auf Grund der §§ 22, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 7510, 7511, 7512, 7513, 7514, 7515, 7516, 7517, 7518, 7519, 7520, 7521, 7522, 7523, 7524, 7525, 7526, 7527, 7528, 7529, 7530, 7531, 7532, 7533, 7534, 7535, 7536, 7537, 7538, 7539, 75310, 75311, 75312, 75313, 75314, 75315, 75316, 75317, 75318, 75319, 75320, 75321, 75322, 75323, 75324, 75325, 75326, 75327, 75328, 75329, 75330, 75331, 75332, 75333, 75334, 75335, 75336, 75337, 75338, 75339, 75340, 75341, 75342, 75343, 75344, 75345, 75346, 75347, 75348, 75349, 75350, 75351, 75352, 75353, 75354, 75355, 75356, 75357, 75358, 75359, 75360, 75361, 75362, 75363, 75364, 75365, 75366, 75367, 75368, 75369, 75370, 75371, 75372, 75373, 75374, 75375, 75376, 75377, 75378, 75379, 75380, 75381, 75382, 75383, 75384, 75385, 75386, 75387,

weser" (Bremerhaven) zur Unterstellung unter die Warenhaussteuer verholfen. So wie es ihm erging, ergeht es in der letzten Zeit den Spezialgeschäften. In einer rheinischen Stadt hat eine Firma ihr ganzes Geschäft so organisiert, daß es genau in die Gruppe B des Warenhaussteuergesetzes hineinpaßte. Die Firma lud Regierungsbeamte ein, die sich überzeugen sollten, daß das Geschäft nicht als Warenhaus betrachtet werden könnte. Bei dieser Besichtigung entdeckte man einen Kuckuck mit Gummiteinlage. Das hatte sehr bedenkliche Folgen für die betreffende Firma, denn Kucksäcke dürfen zwar in den Geschäften der Gruppe B geführt werden, sie dürfen jedoch keine Gummiteinlagen haben, weil dann aus den Kucksäcken Jagdputzstiften werden, und diese gehören zu einer andern Gruppe des Warenhaussteuergesetzes. Der eine Kucksack mit Gummiteinlage kostete der Firma 12.000 Mk. Warenhaussteuer. Ähnlich wie dieser Firma ergibt es andern. Eine weltbekannte Firma, die als Spezialfirma Verbandsstoffe und Gummikästen führt, wurde wegen eines paar Nebenartikeln in einem Warenhaus gestempelt. Andere Spezialgeschäfte mußten auf die Führung von Artikeln, die zu ihrem Geschäftszweig unbedingt gehörten, verzichten, wenn sie sich freihalten wollten von der Warenhaussteuer. Das Organ der Warenhausbesitzer, dem wir diese Mitteilungen entnehmen, macht dazu eine interessante Beobachtung. Es zeigt, daß die Entwicklung des Warenhauses nicht dahin geht, Universalversorgungsinstitut für alle Bedürfnisse des Lebens zu werden. Die meisten Waren-

häuser haben einzelne Abteilungen wieder abgestoßen, da sie verlustbringend wären. Es bilden sich allmählich aus den Warenhäusern moderne Ausstattungsgeschäfte heraus. Das Warenhaus hat sich an das Warenhaussteuergesetz angepaßt. Es wälzt die Steuer auf die Lieferanten, indirekt also auf die Arbeiter und auf die Detektisten ab, denen der Lieferant vielfach dasjenige mehr abnehmen pflegt, was er bei der Warenhaussicherungen als Steuerrabatt weniger erhält. Anders ist es mit den Spezialgeschäften. Vielfach entwickeln sich diese in derselben Richtung wie auch das moderne Warenhaus. In einem gewissen Punkte bleibt aber die Warenhaussteuer dieser Entwicklung ein Halt, da das Spezialgeschäft sich nicht auf die Warenhaussteuer eingelichtet hat. Das Resultat der ganzen Warenhaussteuer ist demnach, daß sie eine Entwicklung der Warenhäuser nicht verhindert, wohl aber den Spezialgeschäften das Anpassen an die Verhältnisse erschwert. So wohl bei der Beratung der Warenhaussteuer als auch späterhin bei der Verfehlung der Warenhaussteuer wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Konkurrenzfähigkeit der Spezialgeschäfte den Warenhäusern gegenüber durch die Warenhaussteuer erleichtert werden sollte. Die Praxis erwies, daß gerade das Gegenteil des gewollten Zwecks eintritt. Das wird natürlich die Befürworter der Warenhaussteuer in kleinhandelsischen Kreisen nicht bekehren. Dem kleinen Händlertum ist jede Konkurrenz ein Übel, und es wird sich vielleicht über die Unwirksamkeit der Warenhaussteuer im Kampfe gegen die Warenhäuser damit trösten, daß wenigstens die Entwicklung der Spezialgeschäfte verhindert ist.

Handels- und Marktnachrichten.

Greteidepreise.

Lübeck, 18. Januar.
Weizen, 125—130 Pf. holl. 180—190 Mt. Roggen 115—122 Pf., neuer holl. 180—143, Gerste, nach Qualität 180—145 Mt. Hafer, nach Qualität, 140—158 Mt. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Metzgerei-Verbandes.
Hamburg, 18. Januar.
1. Klasse 875 Drittel zu 124,62 Mk. im Durchschnitt.
2 " 42 " 119,52 Mk. "

Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwanck. Druck: F. Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Vortragskurse für Arbeiter.

Freitag, den 20. Januar 1911
abends 8 1/2 Uhr präzise:

5. Rühle-Vortrag

über

Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre.

Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Kartellkommission.
Der Vorstand
des Sozialdemokratischen Vereins.

Hansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr.

Gastspiel des Berliner Theater-Ensembles.

Prinz u. Bettlerin.

Sensations-Novität!
Rom, Mil.-Musst. Etage 1. 4 Att.
(7 Bilder) v. Howard. Deutsch
v. Siegfr. v. Lüg. Missy. Becht.

1. Bild: Prinz Michael der Bucklige.
2. Bild: Der Fürst von Glyvanien und die Bettlerin.
3. Bild: In die Falle gelockt.
4. Bild: Eine treue Pflegerin.
5. Bild: Im roten Schloß.
6. Bild: Prinz Michaels Hochzeitsabend.
7. Bild: Ein Gottesgericht.

Vorzugskarten wochentags gültig.

Stadthallentheater.

Donnerstag, 19. Jan. Abds. 8 Uhr.
Gastspiel der „Parisienne“

American-French Sketch-Company.

Per Eilzug, Sketch von A. W. Paris.
Wegen plötzlicher Hindernisse,
von Roquette.

Wer? B. de Nord und Montignac.
Besetzt! von A. W. Paris.

Gewöhnliche Preise!

Durchsetzung ungültig.

Freitag, 20. Jan. Abds. 8 Uhr.

Gastspiel der „Parisienne“

American-French Sketch-Company.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rol., Kohlmarkt 18.

Börsentägliche Anzeige!

Sonntag, 22. Jan. Nachm. 4 Uhr.

1. Gastsp. d. Wissenschaftl. Theaters

der „Urania“ in Berlin.

Über den Brenner nach Venedig

Sonntag, 22. Jan. Abds. 7 1/2 Uhr.

Gastspiel C.W. Büller.

Onkel Bräsig.

Lebensbild von Fritz Reuter.

Neues Stadttheater.

Freitag, 20. Januar. 7 1/2 Uhr.

Voll-Ab. 108. Freitag-Ab. 19.

Die Fledermaus.

Operette von Joh. Strauß.

Sonnabend, 21. Jan. 7 1/2 Uhr.

Zur Feier des 100. Geburtstages von Roderich Benedix.

Die telegrafen Studenten.

lustspiel vom Roderich Benedix.

Knorr's Hafermehl

seit über 40 Jahren als

zuverlässige Kindernahrung

bekannt und bewährt. Einzig richtiger Zusatz zur Kuhmilch.
Leichtverdauliche Speise für Schüler und Kranke.

Nur in Originalpaketen von 1/4 und 1/2 kg. Jedes Paket enthält einen Gutschein.
Verlangen Sie die Prämienliste von der Firma C. H. Knorr A.-G., Heilbronn a. N.

Eine Partie kleinere Kisten abzugeben.
H. Meyer & Co.



Das billigste Getränk!

Rathreiners Malzlaßee.

Seit 20 Jahren bewährt.

= Herzlich empfohlen. =

Der Gehalt machtlos

Ziegenfleisch Bio. 40 Pf.
22 Fünfhausen 22.

Hasen-, Kanin-, Wildfelle,
sowie Pferdehaare
kaufen zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner, Holstenstraße 8.

Die Arbeiter-Gärtnerpflanzen
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kohlm.
Markt 4 sind vorzüglich bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. u. a.:
Leberhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirnhosen . . . 1.68—3.25
lebhafte Jacken, schräge u. gerade,
1.28, Räsen, Hemden, Schlägter-
jacken, Friseurjacket, Mälermantel
erstaunlich billig. Mützen von 30
Pf. bis 1.88 Mk. Note Lübecam.

Sozialdemokratischer Verein
Seeretz.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 21. Januar
abends 8 Uhr
bei Herrn H. Frähmcke.

Tagess-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder wird erwünscht.

Der Vorstand.

Sparclub Einigkeit.

Versammlung
am Sonntag, dem 22. Januar
nachmittags 5 Uhr.
Aufnahme neuer Mitglieder.
H. Schultz, Arnimstraße 7.

Freie Jugend Lübecks.

Samstag, den 22. Januar 1911,
von nachmittags 4 Uhr ab:

Zusammenkunft

im Gewerkschaftshaus

Der Anschluß.

Biophon-Theater.

Breite Straße 52.
Nur Donnerstag und Freitag!
Rosmarie.
Das Opfer der Schwester.
König Lear, Kunstmärkte, koloriert.
Sonnabend neues Programm!